

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 8. Februar 1896.

Inserate die vierspaltige Zeitzeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Sozialpolitik im Verkehrswesen. — Ein Koalitionsgesetz in Frankreich. — Jahresbericht des internationalen Informationsbureaus der Metall-Arbeiter. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Bitterarisches.

Ganz besonderer

## Beachtung

wird den Verbandsmitgliedern die auf S. 4 enthaltene Vorstandsbescheinigung empfohlen.

## Zur Beachtung.

Zugug ist fernzubalten: Von Feilenbauern (auch Maschinenh.) nach **Bielefeld** in Westfalen (Firma Zimmermann); von Formern nach **Iferlohn** i. W. (Dalhaus); von Schleifern nach **Braunschweig** (Nähmaschinenfabrik Grimme & Natalis).

## Sozialpolitik im Verkehrswesen.

F.H. Wenn in den gesetzgebenden Körperschaften, den Parlamenten oder auch hin und wieder in der Tagespresse Wünsche und Beschwerden des Publikums über unser Verkehrswesen laut werden, so werfen sich die Leiter oder Vertreter der staatlichen und privaten Verkehrsinstitute in die Brust und weisen mit Stolz auf die großen Fortschritte hin, welche unser Verkehrswesen in den letzten Jahren gemacht hat; Fortschritte, welche dem geflügeltesten Worte vom „Zeitalter des Verkehrs“, in dem wir leben, eine gewisse Berechtigung verleihen sollen. Nun läßt sich allerdings nicht im geringsten leugnen, daß unser modernes Verkehrswesen gegen frühere Zeiten ganz bedeutende Errungenschaften aufzuweisen hat, aber trotzdem befindet sich dasselbe im gewissen Sinne immer noch in den Anfangsstadien seiner Entwicklung. Denn die Fortschritte, welche gemacht wurden, sind fast ausschließlich auf technischen Gebieten zu verzeichnen.

Während hier Dampf, Elektrizität und eine ganze Reihe maschineller Erfindungen eine gewaltige Revolutionierung herbeiführten, die unserem wirtschaftlichen und politischen Leben ein neues Gepräge verlieh — sehen wir andererseits, daß die Frage des Systems und der Organisation der Verwaltung bis heute nicht gelöst ist. Namentlich aber hat man bisher vernachlässigt, daß soziale Wesen der modernen Verkehrsmittel genügend zu untersuchen und zu erörtern. Gewohnt nach den alten nationalökonomischen Theorien zu handeln, betrachtete man das Verkehrswesen vom Standpunkte des einzelnen Individuums, ohne zu bedenken, daß die immer drängender werdende soziale Frage das Prinzip der Einzelindividuen mit ihren Sonderinteressen durchbrochen hat. Während auf den meisten Gebieten des wirtschaftlichen

Lebens die Gesellschaft eingreift, sehen wir, daß man unser Verkehrswesen immer noch als eine Domäne für die Besitzenden betrachtet und ausgestaltet. Der Techniker, der im Bunde mit dem Sozialpolitiker Gutes schaffen könnte, fühlt sich als Vertreter der Sonderinteressen weniger und ist der Ansicht, daß nur allein durch die großen Errungenschaften der Technik die Welt fortschreiten kann.

Hat nun auch die Technik, wie auf allen anderen Gebieten des Lebens, so auch im Verkehrswesen, die großen Umwälzungen veranlaßt, so kann doch keineswegs behauptet werden, daß diese wirtschaftlichen Revolutionen der Allgemeinheit zum Nutzen gereichten.

Trotzdem das Netz der Eisenbahnen immer größer wird, Post, Telegraph und Telephon an Ausdehnung gewinnen, ist Armuth und Elend keineswegs im Abnehmen begriffen. Die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft werden von Tag zu Tag größer, und wenn auch zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebensgewohnheiten durch die Ausbreitung der Verkehrsverhältnisse beigetragen wurde, so vermochten diese doch nicht eine Zunahme der Massenarmuth zu verhindern.

Die vielgerühmte Manchesterlehre, die kapitalistische Wirtschaft, äußert sich auch in unserem modernen Verkehrswesen. Die rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, das Niedertreten aller menschlichen Rechte, die Unterdrückung der sonst so hochgeachteten persönlichen Freiheit ist im privaten und staatlichen Verkehrswesen an der Tagesordnung. Man betrachtet die Arbeiter eben nur als Maschinen, die denn auch nichts von den Vorteilen, der Nützlichkeit der modernen Verkehrsmittel verspüren. Es liegt aber im augenblicklichen Interesse der herrschenden Klasse, den Glauben aufrecht zu erhalten, daß durch die Vervollkommnung der Technik auf allen Gebieten des Lebens wir den Gipfel der Kultur erreicht haben.

Ohne nun den Werth der modernen Verkehrsmittel für den allgemeinen Kulturfortschritt oder auch nur für die kleinste Einzelwirtschaft zu unterschätzen und zu verkennen, muß doch der Umstand betont und klargestellt werden, daß die Verkehrsanstalten im Allgemeinen und insbesondere in ihrer unmittelbaren Wirkung überwiegend den Interessen der wohlhabenden Bevölkerungsklassen dienen, vor allem den Kreisen des Handels und der Industrie.

Diese Thatsache hervorhebend, wird nun von verschiedenen Sozialpolitikern verlangt, im Verhältnis der genossenen Vorteile die Hauptinteressenten des Verkehrswesens in relativ höherem Maße heranzuziehen.

Die wachsenden Ausgaben des Staates — insbesondere für militärische Zwecke — erfordern immer mehr Mittel, und da auf dem Gebiete einer wirkungsvollen progressiven (je nach dem Grade der Leistungsfähigkeit wachsenden) direkten Besteuerung „kaum die ersten schlichteren Schritte gethan sind“, so wird empfohlen,

die Repräsentanten größerer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bei der Benutzung der Verkehrsmittel indirekt höher zu besteuern. Diese Ansicht vertritt besonders energisch der Freiherr zu Weichs-Glon in einem sehr interessant geschriebenen Werke.\*) Auch G. Cohn\*\*\*) ist dieser Meinung und redet ihr in eindringlicher Weise das Wort: „Unter Verhältnissen, wo einerseits die Aufbringung der öffentlichen Finanzmittel bei erträglichem Drucke der Last nur durch mannigfaltige, vielfach verheilte Mittel möglich ist, wo andererseits das herkömmliche System zur Erfüllung dieser Aufgabe die unteren Volksschichten ganz überwiegend zur Tragung der Lasten heranzieht, wo Salz und Brod, Brauntwein, Bier, Tabak, Kaffee, direkte Steuern obendrein die milder zahlungsfähige Menge belasten — da muß es ein willkommenes Mittel der Besteuerung im Dienste der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit sein, wenn man durch Ueberwälzung einer großen Staatseisenbahnverwaltung vorherrschend die besitzenden Klassen in ausgiebiger Weise besteuern kann, ohne die vernünftigen Ansprüche des Verkehrs hintanzusetzen.“

Diese Ansichten und Reformpläne auf dem Gebiete des Verkehrswesens sind nicht nur bei uns in Deutschland aufgetaucht, sondern auch in anderen Ländern, wo sie zum Theil schon verwirklicht und die einzelnen Transportleistungen mit sehr hohen Steuern (bis zu 25 Prozent ihres tarifmäßigen Preises) belegt sind.

Um zu Gunsten der Staatskasse hohe Reinerträge zu erzielen, ist es nun durchaus nicht nöthig, hohe Beförderungspreise zu erheben. Diese werden ja — wie Weichs-Glon hervorhebt — einerseits dem Werthe der Transportleistungen für ihre unmittelbaren Nutznießer möglichst enge anzupassen sein. Wenn nun aber auch weiter besonders betont wird, daß die Beförderungspreise nach unten bis an die Grenze der Selbstkostenpreise, und nach oben so hoch hinaufgehen müßten, als, ohne verkehrshemmend zu wirken, möglich ist, — so halten wir dennoch diesen neuen Plan einer indirekten Besteuerung für verfehlt.

Nicht Einschränkung des Verkehrs durch höhere Preise, sondern Ausdehnung und billigere Preise im weitesten Umfange muß die Forderung lauten. Dient das Verkehrswesen auch unmittelbar den Kreisen des Handels und der Industrie, und würde eine Erhöhung der Beförderungspreise diesen leistungsfähigen Schultern aufgebürdet, so ist doch ohne Weiteres klar, daß diese „leistungsfähigen“ Schultern es sehr gut verstehen würden, die höheren Unkosten den Verkaufspreisen ihrer Waaren zuzuschlagen und den Schaden hätten wiederum nur die Nichtbesitzenden.

Da aber die ärmeren Volksschichten schon jetzt die indirekten Steuern allein

\*) Freiherr zu Weichs-Glon, das finanzielle und soziale Wesen der modernen Verkehrsmittel, Tübingen 1894.

\*\*) G. Cohn, System der Nationalökonomie II, Finanzwissenschaft.

zu tragen haben, so dürfte doch wahrlich kein Grund sein, neue indirekte Steuern zu erfinden, selbst wenn diese angeblich nur die Besitzenden belasten sollen.

Die besitzende Klasse, schlau und gerieben wie ein absoluter Monarch, versteht es nur zu gut, mit Hilfe der ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die indirekten Steuern auf die Nichtbesitzenden abzuwälzen. Sehr treffend bemerkt hierzu Lassalle: „Die Bourgeoisie kann freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will, ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß ein Jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form durch Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern.“ Selbst der konservative Professor Adolf Wagner gab im Abgeordnetenhaus zu, daß die indirekten Abgaben „eine gewisse Tendenz haben, nach unten die Konsumenten schwer zu treffen“.

Mag man nun über die neue vorgeschlagene indirekte Besteuerung denken wie man will, es trifft auch hier zu, was Wagner von den indirekten Steuern im Allgemeinen sagt, „es sichert doch von diesen Steuern im Laufe der Jahre so und so viel auf die Konsumenten der Zoll- und Verbrauchsartikel herab, dadurch werden diese (die arbeitenden Klassen) getroffen.“

Daß auch Herr zu Weichs-Glon sich dieser Anschauung nicht ganz verschließen konnte, dafür liefert er den Beweis, wenn er schreibt: „Zwar wird es so wenig wie durch eine andere einzelne Steuer möglich sein, durch das Verkehrswesen, bezw. durch die geforderten Entgelte für dessen Nutzungen, eine den Leistungsfähigkeiten vollkommen entsprechende Progression in der Steuerleistung zu erzielen.“

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin aller indirekten Steuern und tritt ein für eine allgemeine Einkommensteuer, und daß diese eine den Leistungsfähigkeiten entsprechende Progression aufweist, dafür zu wirken ist Sache der Volksvertretung, die allerdings so lange für indirekte Besteuerung eintreten wird, als Besitzende, Vertreter von Sonderinteressen, die zunächst auch ihre persönlichen Interessen sind, ihr angehören und sich als Volksvertreter aufspielen.

Wenn Herr zu Weichs-Glon die Frage, welche schon 1891 von einem Engländer, R. A. Cooper angeregt wurde, ob es angängig ist, die Verkehrsmittel ohne Bezahlung für die einzelnen Leistungen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen — rundweg verneint, so ist das von seinem Standpunkte aus zu verstehen. Das kann auch erst im vollsten Umfange geschehen, wenn die heutige individualistische Produktionsweise beseitigt und an ihre Stelle der Kollektivismus getreten ist. Dann aber ist es auch nicht mehr nöthig, Maßregeln zu ergreifen, um der mißbräuchlichen Benutzung des Kollektiveigentums vorzubeugen; denn was nicht mehr Privilegium einer Klasse, sondern

gemeinsames Eigentum, ist vor Mißbräuchen gesichert.

So lange die heutige Gesellschaftsordnung aber besteht, kann die große Mehrheit des Volkes mit Recht verlangen, daß den Fortschritten der Zeit, die auf allen Gebieten des Lebens sich bemerkbar machen, Rechnung getragen, daß die vielgerühmte Sozialpolitik in Aktion tritt, und daß man sich auf dem Gebiete des Verkehrswezens ebnet, einmal dazu entschließt, von jedem Reingewinn abzusehen und bei Bemessung der Beförderungspreise lediglich auf Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, sowie Deckung der Unterhaltungs- und Betriebskosten Bedacht nimmt. Diese Forderung können gerade die nichtbesitzenden Klassen mit Recht erheben, sind sie es doch, die das Staatswesen erhalten müssen.

### Ein Koalitionschutzgesetz in — Frankreich.

u. Wie krankhafte Zustände eine reinigende Reaktion hervorrufen, so hat auch das panamaische Dupuy-Perier-Ministerium in Frankreich zu einer erfolgreichen Gegenaktion der öffentlichen Moral und Gerechtigkeit geführt und das Steuer der Republik Männern in die Hände gelegt, die sich genötigt sahen, mit dem Unrath von Immoral, Betrug und Schamlosigkeit einmal gründlich aufzuräumen. Wir sind weit entfernt, in Leon Bourgeois und seinen Ministerkollegen soziale Helbengestalten, Pioniere des Sozialismus zu verherrlichen, denn das sind sie am allerwenigsten; verschleude von ihnen, so auch Bourgeois, haben auch schon in Panamafabrikanten gefressen, ohne aus diesem unsauberen Rahmen besonders hervorgetreten zu sein. Sie sind eben honette Leute mit dem besten Willen, die nicht energisch genug gegen den Strom zu schwimmen vermögen, jetzt aber in der glücklichen Lage sind, mit der öffentlichen Meinung vorwärts zu schwimmen und als deren Führer zu gelten. So wenig sich ein weiteres säuknisbüstendes Kapitalistenkabinet auch nur wenige Monate gehalten hätte, so rasch wäre auch jedes andere mit gutem Willen und geringem Widerstand begabte Ministerium von der Strömung fortgerissen worden, möchte es Bourgeois oder Goblet oder Briffon heißen, und es hätte die Reformen erfüllen müssen, welche die Schandwirtschaft seiner Vorgänger bekämpft oder verschleppt hatte.

Die verschiedenen erfolglosen Versuche der niedergeschmetzten Korruptions-Klique, sich vom Neuen zu erheben und zum Herrn der Situation zu machen, beweisen, daß ihnen das Rückgrat gebrochen ist und daß Frankreich nur die Wahl hat, zwischen einem sozialen Reformministerium oder einer sozialistischen Zeitung. Und das radikal-bürgerliche Kabinet ist klug genug, diese Situation zu erkennen und durch rasches Handeln die gefürchtete Entscheidung zu vertagen. Daß es freilich erst zu einem derartigen Sumpfe kommen mußte, ehe die öffentliche Meinung stark genug war, die gekaufte Presse zu überdönen und kräftig zu reagieren, das zeigt uns, wie fest die bürgerliche Gesellschaft noch im Sattel sitzt und welcher unablässigen Energie es noch bedarf, sie ein für alle Mal in den Sand zu strecken. Denn auch das gegenwärtige Kabinet ist nur ein Szenewechsel ein- und desselben Schauspiels, und die frühere Szene kann wiederkehren, wenn das Geschehene vergessen und die momentane Lage dem Panamallügel günstiger ist. Und der Franzose vergißt ja so rasch, wenn Muth und Thakraft ihm Bewunderung entlocken oder wenn irgend ein Spektakel ihm imponirt. Ein paar bestellte Attentätschen, womöglich im Zentrum von Streikbewegungen angezettelt, ein einstudirter Bühnenakteur, der im

richtigen Moment, wie Dupuy nach Bailant's Nachschloßbombe, das richtige Stichwort anspricht, — welches französische Publikum würde da nicht begeistert Wellen schlagen und die dunklen Flecken der Vergangenheit vergeben und vergessen sein lassen!

Doch gleichviel, ob der Umschwung einbauender ist, — die öffentliche Moral hat einen Sieg errufen und die Verantwortlichkeit mit ihr, und Welde verdanken ihn zum größten Theile der Sozialdemokratie, die unablässig das öffentliche Gewissen geschärft und den Widerstand gekräftigt hat und die Initiative zum Sturze des Ribot'schen Ministeriums auch äußerlich gab. Die Sozialdemokratie fungirte als öffentlicher Ankläger und erzwang das vernichtende Urtheil für die korrupte Klique; sie zog auch die Tratte für die Verpflichtungen des neuen Ministeriums, und sie wird den Wechsel zur Einlösung präsentiren, bis die Reformenschuld erfüllt ist. Es ist freilich keine kleine Rechnung, die das Bourgeoiskabinet zu begleichen hat, denn die Schuld der herrschenden Reaktion hatte eine Meilenhöhe erreicht und die Messiegüter'sche Schandwirtschaft war der beste Beweis, wie tief das Ansehen der Sozialgesetzgebung in Frankreich gesunken war. Auch die Despotie dieses Industriekillers hat dazu beigetragen, den Abgrund des Kapitalistenregimes vor aller Augen zu führen und Ribot's Stellung zu erschüttern. Und doch war auch das Carmaux-Drama nur die natürliche Fortwucherung jenes kapitalistischen Terrorismus, der in Dupuy seinen ausgeprägten Vertreter fand und vor drei Jahren mit der Schließung der Pariser Arbeitsbüroe debütierte, der mit Penker und Ausnahmengesetz die Anarchistenhege inszenirte und dadurch intellektuell das Carnot-Attentat verschuldete, der von Orgie zu Orgie eilte und durch den Gesegentwurf Merlin-Trarieu die Staatsarbeiter ihres Koalitionsrechtes zu berauben drohte. Der rücksichtslose Kapitalmagnat Messiegüter, der attackelustige Präfekt Douy, der beamtete Lockspigel Cordel und der panamaische Ribot sind keine neuen Typen; diese Giftblüthen wuchern zu Hunderten auf dem Sumpfe des kapitalistischen Regimes, und auch die Südbahnswindbeulen erreichen bei Weitem nicht ihr großes Vorbild von Panama. Aber das Volk hatte nachgerade genug des Glets, und die Interpellationen über Carmaux und die Südbahn machten diesem Schreckensregiment ein Ende.

Der Streik von Carmaux hat die Aufmerksamkeit wieder auf das Koalitionsrecht der Arbeiter gelenkt. Das Gesetz vom 21. März 1884 gewährt den französischen Arbeitern das Recht der Koalition; aber genau so, wie in den anderen Ländern, fehlt es an jenem gesetzlichen Schutze der Koalitionsfreiheit, welcher den Unternehmern bei Strafe verbietet, die Arbeiter in der Ausübung ihres Rechtes zu behindern oder zu beschränken. Ein dahingehender Antrag, der Bovier-Lapierre'sche Entwurf wurde schon 1892 von der französischen Kammer genehmigt und gelangte 1893 mit einem Goblet'schen Gegenentwurf an den Senat, blieb aber dort vor Schluß der Legislaturperiode unerledigt und wurde nach den Wahlen, die Dupuy und das kapitalistische Regiment an's Steuer brachten, nicht wieder aufgenommen. Wie wenig Ribot an einen gesetzlichen Schutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter dachte, bewies die Aufrechterhaltung der die Staatsarbeiter bedrohenden Entrechtungs-vorlage Merlin-Trarieu; Trarieu war Justizminister im Kabinet Ribot. Wenn der Streich gegen die Arbeiter auch vertagt wurde, so war doch Ribot ein ausgemachter Helfer des Kapitalismus, wie aus seiner Vertheidigung Messiegüter's hervorgeht, und er hätte nie das Ko-

alitionsrecht der Arbeiter geschickt; ein Vertrauensvotum für Carmaux würde ihn zweifellos veranlaßt haben, mit der Vorlage Trarieu hervorzutreten. Aber Carmaux und Toulouse brachen ihm das Genick und sein honetter Nachfolger Bourgeois steht sich veranlaßt, gedrängt durch den Sturm der öffentlichen Meinung, gegen Messiegüter und Konforten reformen zu beschreiten. Der Streik von Carmaux sei hier nur in kurzen Zügen skizzirt, um den Zusammenhang mit den sozialen Reformen Bourgeois klar zu legen. Messiegüter, der Besitzer der großen Glasfabriken von Carmaux, ein Unternehmer vom reinen Wasser, hatte früher vergeblich auf die Unterstützung seiner Wahlkandidatur in Toulouse durch die Glasarbeitergewerkschaft geschofft, und war daher darauf erpicht, die Gewerkschaft zu zerstückeln. Schon im April v. J. provozirte er den Streik durch Rücknahme des Versprechens, die schlecht geformten und deshalb nicht bezahlten Flaschen nicht zu verkaufen, sondern wieder einzuschmelzen, und er forderte seine Arbeiter direkt dazu auf; indeß thaten ihn diese damals den Gefallen nicht. Aber ein Grund ist ja bald gefunden. Messiegüter wußte sich zu helfen durch die Entlassung der Delegirten Daudet und Pelletier nach ihrer Rückkehr vom Marceller Glasarbeiterkongreß. Die Arbeiter traten nach der brüskten Verweigerung der Wiedereinstellung in den Ausstand ein, ließen sich jedoch durch den Zuspruch des sozialistischen Deputirten Jaurès bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber sie hatten ohne Messiegüter gerechnet, denn es nur darum zu thun war, die Arbeiter müde zu machen und ihre Organisation zu vernichten, denn jetzt schloß dieser seine Fabriken und sperrte alle diejenigen, die sich mit Daudet und Pelletier solidarisch erklärt hatten, aus. Dieser freche Kapitalist rief im ganzen Lande einen Entrüstungsturm hervor; als die sozialistischen Abgeordneten die Geldersammlung für die Ausgesperrten organisirten, flossen die Unterstützungen reichlich von allen Seiten zu. Nun beherrschte der Ausstand immer mehr die Öffentlichkeit. Messiegüter verklagte Jaurès und einige Andere wegen Vermögensschädigung und die Gerichte erkannten nach seinem Willen. Aber Messiegüter dürstete nach höherem Ruhme und dazu bedurfte er eines Attentats, das ihm natürlich nur eine kleine Schramme kostete. Sein Freund, der Polizeipräsident Douy that ihm den Gefallen und stellte ihm den amtlichen Lockspigel Cordel zur Verfügung, der seine Sache vortrefflich machte, leider aber sich später erwischt ließ.

Das Attentat war ein willkommenes Anlaß, die Behörden gegen die Ausgesperrten mobil zu machen. Und nun beginnt ein Schreckensregiment in Carmaux, wie es Frankreich seit 24 Jahren nicht gesehen hatte. Jaurès und die Kassirer des Streikkomitees wurden verhaftet, die Streikkasse beschlagnahmt und durch Versprechungen, Drohungen und Gewalt versucht, Streikbrecher für Messiegüter anzuwerben. Ja, der Präfekt Douy hatte sogar die unerhörte Dreistigkeit, die für die Ausgesperrten gesammelten Streikgelder zum Theil an die Streikbrecher zur Unterstützung derselben zu vertheilen. Verschiedene Versuche, den Konflikt vor einem Schiedsgericht zu erledigen, scheiterten am brüskten Widerstande des Glasgewaltigen. Die größte Schändlichkeit aber vollführte der Präfekt Douy durch seine bekannten Weitergriffe auf die Bevölkerung von Carmaux — fliegende Patronen, wie er sie nannte, um die Straßen zu räumen. Der Deputirte Jaurès brandmarkte alle diese Schandthaten in der Kammer, wo der Polizeiminister und Trarieu (Justiz) Messiegüter und das Verhalten der Be-

hörden in Schutz nahmen und die Beschlagnahme der Streikkasse, die Weiterattaquen zc. als Vorsichtsmaßregeln bezeichneten. Schließlich forderte Ribot ein Vertrauensvotum und die Kammer genehmigte mit knapper Mehrheit eine Drake'sche Tagesordnung im Sinne Ribot's. Briffon, um Ueberrahme des Vermittleramtes ersucht, erklärte sich bereit, einen Ausgleich zwischen Messiegüter und den Ausständigen herbeizuführen, allein der Glasmagnat wollte von einem solchen nichts wissen, selbst der Tags darauf erfolgte Sturz Ribot's und das für Reformen geneigte Ministerium Bourgeois vermochten ihn nicht zur Anerkennung eines Schiedsgerichtes zu bewegen. Schließlich gründeten die Ausgesperrten unter hochherziger Hilfe der Arbeiterschaft Frankreichs eine eigene Produktionsgenossenschaft und der Ausstand wurde für beendet erklärt. Das war die Situation, die dem neuen Kabinet gebietet die Nothwendigkeit sozialer Reformen auferlegte, und die der französischen Kammer bereits zugegangenen und in Aussicht gestellten Vorlagen zeigen, daß Bourgeois der Situation Rechnung zu tragen weiß.

Im Jahre 1892 genehmigte Kammer und Senat den Jules Roche'schen Entwurf über Einigungs- und Schiedsämter für Kollektivdifferenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, wonach dem Friedensrichter des Streikortes von Gesetzeswegen die Vermittlerrolle übertragen wird. Bei Differenzen können die Arbeiter oder Unternehmer sich an denselben wenden, worauf dieser die andere Partei zu verständigen und die Vertreter beider zu einer Konferenz einzuladen hat. Falls hierbei keine Einigung erfolgt, so haben beide Parteien einen gemeinsamen Schiedsrichter zu wählen; ist hierüber keine Verständigung zu erzielen, so ist der Schiedsrichter vom Präsidenten des Zivilgerichts zu ernennen. In Streikfällen ist der Friedensrichter amtlich verpflichtet, ein Schiedsgericht vorzuschlagen. Dieses Gesetz hat sich schon mehrfach bei großen Ausständen, insbesondere bei dem jetzigen Fall von Carmaux als unzureichend erwiesen, da die Unternehmer, namentlich Messiegüter, sich weigerten, ein Schiedsgericht anzuerkennen. Um diesen Unternehmerrhochmuth zu dämpfen, bringt das neue Ministerium eine Novelle zu jenem Gesetz von 1892 ein, dahingehend, daß die beiden streitenden Parteien zuerst vor einem Einigungs-Ausschuß erscheinen müssen und je nach Verlauf der Einigungsverhandlung ein Schiedsgericht anrufen können. Die Novelle bezweckt für alle Differenzfälle eine öffentliche Feststellung des Thatbestandes durch einen unparteiischen Ausschuß. Diese wohlgemeinte Absicht dürfte jedoch ebenfalls schwerlich in der Praxis erreicht werden, wenn das Gesetz nicht zugleich auch die Unternehmer anhält, dem Einigungsausschuß die Geschäftsbücher vorzulegen und sonstige den Thatbestand erhellende Aufklärungen wahrheitsgemäß zu geben. Auch müssen diejenigen Unternehmer, die sich fernerhin weigern, den Einigungsausschuß anzuerkennen oder vor demselben zu erscheinen, mit ganz erheblichen Nachtheilen (Konzeptionsentzug, Entzug aller Steuer- und Frachtvergünstigungen, Verlust der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden) bedroht werden. Aber um alle diese Maßnahmen anrecht zu erhalten und ihre Nichtbeachtung zu verhindern, bedarf es eines gestelgerten Ansehens der öffentlichen Autorität, dessen heute die Republik noch ermangelt; erst wenn die Arbeiterklasse den ihr zukommenden Druck auf die öffentlichen Gewalten ausübt durch zahlreiche Vertreter in allen öffentlichen Körperchaften und Aemtern, wie sie heute das Bürgerthum besitzt, ein idealer Zustand, den die Unternehmer mit dem Namen Arbeiterdiktatur bezeichnen, könnte diesen

Bestimmungen unbedingte Achtung gesichert werden.

Weiterhin bringt das Ministerium ein Hilfskassengesetz vor die Kammer, das den Hilfskassen wesentliche Rechte und Förderung der Selbsthilfe verleihen soll, und verwirklicht den Alters- und Invalidenversorgungsfond, bei dem es sich um eine alljährlich vom Staate auszuwerfende Summe handelt, zu welcher die Departements und Gemeinden aus eigenen Mitteln einen fakultativen Beitrag leisten können.

Die für die Arbeiterklasse wichtigste Vorlage jedoch ist eine Novelle zum Koalitionsgesetz vom 21. März 1884, die eine der längst bekannten Forderungen der Arbeiter verwirklicht. Zunächst beseitigt die Novelle ausdrücklich den Merlin-Trarieux'schen Entwurf und stellt damit die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter sicher. Das betrifft nicht bloß die Arbeiter der Eisenbahnen und Armeewerksstätten, sondern namentlich auch die in den staatsmonopolistischen Betrieben Beschäftigten. Sodann berechtigt sie die Syndikate und Gewerkschaften, Legate und Gesandte anzunehmen, wogegen diese zu jährlicher Rechnungsablegung über Einnahmen und Ausgaben verpflichtet sein sollen. Eine uns Deutschen schwerer verständliche Bestimmung ist die, welche zum Eintritt in eine Gewerkschaft solche Arbeiter berechtigt, die den betreffenden Beruf während drei Jahren ausgeübt und in demselben seit höchstens drei Jahren nicht mehr thätig waren. Das Gesetz von 1884 beschränkt die Beitrittsberechtigung auf die im Berufe thätigen Arbeiter und es wurden in dessen Konsequenz schon mehrfach die Syndikate, die der in Art. 4 des Gesetzes geforderten Anmeldepflicht genügt hatten, veranlaßt, solche Mitglieder, die nicht mehr im Berufe thätig waren, auszuschließen. Die vorerwähnte Bestimmung könnte darnach als Schenk der Rechte der Gemahregelten gelten; indes stellt die Verpflichtung der dreijährigen Arbeitsthätigkeit eine bedeutende Einschränkung dar, die wir in Deutschland nicht kennen und es muß den französischen Arbeitern überlassen bleiben, zu beurtheilen, ob diese Regel für sie eine Besserung oder eine Beschränkung bedeutet.

Endlich aber — und das ist die Hauptsache — führt die Novelle neue Strafbestimmungen gegen Verletzungen der Koalitionsfreiheit ein, und zwar sowohl gegen Unternehmer, die die Arbeiter in der Ausübung ihrer Rechte hindern oder verletzen, als auch gegen die Arbeiter, welche das Koalitionsrecht der Unternehmer antasten. Da aber noch keine Arbeiterorganisation das Letztere je beabsichtigt hat, so richtet sich die Strafbestimmung in der Praxis gegen die Respektierer und Konjunkte und dürfte diese daher in der Kammer und noch mehr im Senat noch heftige Kämpfe hervorrufen. Es ist fraglich, ob die Erregung über die Aussperrung von Carmaux nachhaltig genug wirkt, um den Widerstand der Unternehmerklasse zu Boden zu brechen. Uebrigens gehören auch hier hohe Ehrenstrafen dazu, wenn der Zweck des Gesetzes bei den halsstarrigen Kapitalmagnaten erreicht werden soll und es bedarf einer hohen Autorität der öffentlichen Gewalten und einer Objektivität der Gerichte, die heute noch in allen bürgerlich-kapitalistischen Staaten zu vermissen sind. Immerhin ist schon die Existenz einer Strafbestimmung ein moralischer Erfolg der Arbeiterklasse und geeignet, den Despotiegehrten der Unternehmer einige Schranken aufzuerlegen. In Deutschland beantragte die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung des § 163 der Gewerbe-Novelle eine Strafbestimmung gegen die Verleher der Koalitionsfreiheit, die natürlich von den Mehrheitsparteien abgelehnt wurde. Mit

der Gewerbe-Novelle wurde bekanntlich die deutsche Sozialreform zu Grabe getragen. Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, daß für Frankreich eine große Aera der Sozialreform bevorstehe. Die nächste Zukunft wird über die Hoffnungen der Arbeiter und über den Bestand des Kabinetts Bourgeois entscheiden, und im Falle seines Rücktritts können der französischen Arbeiterklasse ernste Kämpfe in Aussicht stehen, bei denen es gilt, den unsauberen Machinationen des Panamaklingels scharf auf die Finger zu zeigen. Wer was wir nicht verkennen, das ist die Thatsache, daß das jetzige radikale Ministerium seine nächsten Aufgaben rasch begriffen und auch die nöthige Energie gesunden hat, an ihre Lösung heranzutreten. Das sichert ihm die Unterstützung der Arbeiterklasse und sein längerer Bestand dürfte im Wesentlichen von seiner ferneren Bereitwilligkeit auch für weitergehende Reformen abhängig sein. Wird auch für Deutschland in absehbarer Zeit die sozialpolitische Erleuchtung kommen, die den dringendsten Reformen die Wege ebnet, — oder werden die Scharfmacher vom Schlage der Stumm und Konforten das Steuer führen, um eine tiefere und gründlichere Umgestaltung vorzubereiten?

### Jahresbericht des internationalen Informations-Bureaus der Metallarbeiter (1. Nov. 1894 bis 31. Okt. 1895).

An die Vertrauensmänner und Zentralvorstände der Metallarbeiter-Organisationen aller Länder.

Werthe Genossen!

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den zweiten Bericht über die Thätigkeit des Internationalen Informations-Bureaus während des Zeitabschnittes vom 1. November 1894 bis 31. Oktober 1895.

Waren bei unserer letzten Berichterstattung die Aussichten für unser junges Institut keine vielversprechenden, so können wir heute konstatiren, daß die Einrichtung des Bureaus schon ihre guten Früchte getragen hat.

Wenn damit einerseits die Existenzberechtigung des sozusagen mittellos und auf schwacher Grundlage dastehenden Organs anerkannt wird, und andererseits wir selbst gestehen müssen, daß es uns unendlich war und ist, unsere Aufgabe in ihrem ganzen Umfange zu bewältigen, so drängt sich die Ueberzeugung auf, daß die weitere Ausgestaltung des Bureaus zur dringenden Nothwendigkeit wird, wenn es seinen Zweck erfüllen soll.

Unsere Thätigkeit konnte denn auch in diesem, wie im letzten Berichtsjahre, wegen Mangel an Mitteln keine sehr ausgedehnte sein und beschränkte sich im Wesentlichen auf die Herstellung neuer und Aufrechterhaltung bisheriger Verbindungen, auf Ertheilung von Auskunft, Uebermittlung von Sperreverhängungen und Aufrufen für Streikunterstützungen, sowie Bekanntmachungen über Resultate von Streiks.

Das Bureau erledigte in 10 Sitzungen 44 Traktanden. (Voriges Jahr 13—44.)

Eingelaufene Korrespondenzen registriren wir 35 (29), worunter 19 deutsche (20), 9 französische (6), 4 englische (3), 3 dänische (0), währenddem abgesandt wurden 76 Korrespondenzen (60), davon 54 in deutscher Sprache (36), 16 französische (18) und 6 englische (6).

Der Kassenbericht weist folgende Ziffern:

1895:	Einnahmen:	Fr. Cts.
22. Jan.	Saldo am 1. Nov. 1894	49 19
	Döster. Metallarb. Verb. (Vorschuß u. Protokoll)	120 81
23. Jan.	Deutscher Formerverband (Vorschuß)	50 —
21. Febr.	Fédération nat. des métallurg. de la Belgique (Protokoll)	73 60
2. April	Deutscher Met.-Arb.-Verb. (Vorschuß und Protokoll)	135 —
	Total der Einnahmen	418,60

Ausgaben:		Fr. Cts.
1894:		
15. Nov.	Inserat im „Grüßlauer“	1 92
16. Nov.	Porti . . . . .	1 95
1895:		
11. Febr.	Zahlung an die Grüßlauerdruckerei für Protokoll zc.	100 25
25. März	Porti . . . . .	4 55
16. April	Restzahlung an die Grüßlauerdruckerei . . . . .	62 20
30. April	Porti . . . . .	3 10
18. Mai	Gastpflichtigkeitsbuch . . . . .	1 —
18. Mai	Entschädigung an die Mitglieder des Informations-Bureaus für Sitzungen und schriftliche Arbeiten	100 —
1. Juni	Delegation eines Mitgliedes an den Schweiz. Met.-Arb.-Kongress in Luzern	15 —
1. Juni	Delegation eines Mitgliedes an obigen Kongress in Luzern . . . . .	28 65
1. Juli	Porti . . . . .	1 40
	Summa der Ausgaben	320 02

Bilanz:		Fr. Cts.
	Einnahmen . . . . .	418 60
	Ausgaben . . . . .	320 02
	Saldo per 1. Nov. 1895	Fr. 98,58

Diese Summe ist zinstragend angelegt bei der Hypothekbank in Winterthur.

Nach stehen aus der Vorschußbetrag von je Fr. 50 von England und Dänemark, wach letzteres sich allerdings erst im Laufe des letzten Berichtsjahres der internationalen Vereinigung angeschlossen, aber die Leistung des Beitrages in Aussicht gestellt hat.

Die eingelaufenen Antworten auf die im letzten Jahresbericht aufgestellten Fragen betreffend Fortbestand des Bureaus haben wir Ihnen mit Kreisschreiben im Monat April zur Kenntniß gebracht.

Die Mehrheit der Länder entschied für Fortbestand. Nachdem sich auch unser Mandatgeber, der Schweiz. Metallarbeiter-Verband, an seinem am 2. und 8. Juni in Luzern stattgefundenen Kongress nach Entgegennahme der Berichterstattung des Bureaus und einläßlicher Berathung für die Weiterführung desselben ausgesprochen hat, gingen wir mit erneuertem Eifer an die Arbeit.

Die mangelhafte Verbindung mit England, sowie das Ausbleiben der obligatorischen 50 Fr. von dorther, ließen uns den Versuch machen, mit mehreren großen Gewerkschaften (vereinigte Maschinenbauer, Dampfmaschinenbauer, Kesselschmiede und Schiffbauer) in Korrespondenz zu treten, dieselben zu einer gemeinsamen Regelung der Angelegenheit zu veranlassen.

In England besteht nämlich keine Zentralisation der Metallarbeiterorganisationen. Diese Bemühungen sind aber erfolglos geblieben. Die Dampfmaschinenbauer-Gesellschaft sagte, daß sie ihre Thätigkeit auf die Ausgestaltung der nationalen Organisation beschränke. Die vereinigte Maschinenbauer-Gewerkschaft, nachdem wir ihrem Gesuch um Zusendung eines Statuts nicht entsprechen konnten, da wir an Stelle eines solchen die Resolutionen des Züricher Kongresses als unsere Gesetze betrachteten, brach die Korrespondenz ab und die Kesselschmiede und Schiffsbauer-Gewerkschaft würdigte uns gar keiner Antwort. Ein Genosse in England erklärte uns tröstlich, daß diese Stellungnahme einem englischen Sprichworte entspreche, welches heißt: „What is everybody's business, is nobody's business“ — „Was Alle angeht, geht Keinen an“. Trozdem hoffen wir mit Zuversicht auf den baldigen Anschluß der Engländer; hat doch bereits eine große Organisation der englischen Stahl- (Hütten-)Arbeiter ernstliche Bemühungen gemacht, um sich mit den Stahlarbeiter-Organisationen auf dem Festland (Europa ohne England) zu einem förmlichen internationalen Bunde zu vereinigen. Endlich dürfen wir erwähnen, daß uns ein in der internationalen Arbeiterbewegung wohlbekannter Genosse, Andreas Schen in London, seine Mithilfe in Aussicht gestellt hat, die wir gerne beanspruchen werden, um den Verkehr mit den englischen Genossen zu erleichtern.

Dänemark. Mit diesem Lande ist der Verkehr bisher ein spärlicher geblieben; bei Anlaß des Formerverbands bzw. Lokouts in Aarhus war derselbe etwas lebhafter. Wir können hier nicht unterlassen, diesen Streit etwas näher zu beleuchten. Die Ursache desselben war:

Ende Mai verlangten die Arbeiter Abschaffung der Akkorarbeit, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und 10prozentige Lohnerhöhung.

Die Antwort der Fabrikanten war die Vorlegung eines Sklavenkontraktes, den die Arbeiter unterschreiben sollten. Derselbe hatte folgenden Wortlaut:

1. Den Arbeitern ist verboten, Mitglied eines sozialistischen Fachvereins zu sein, sie dürfen solche weder mit Geld noch auf irgend eine andere Weise unterstützen.

2. Der Fabrikant hält von dem verdienten Lohn des Arbeiters 2 Prozent zurück, welches von einer Fabrikantenorganisation aufbewahrt und fruchtbar gemacht wird; der Arbeitgeber muß je am 1. Januar 10 Kronen zulegen, insofern der Arbeiter das ganze Jahr bei ihm gearbeitet hat, dies gilt auch, wenn der Arbeiter krank gewesen ist.

3. Dieses abgezogene Geld ist des Arbeiters Eigenthum, wird aber erst ausbezahlt, wenn der Arbeiter sein 55. Jahr zurückgelegt hat, eventuell auch früher, wenn der Arbeiter mittelst ärztlichem Zeugniß beständige Arbeitsunfähigkeit nachweisen kann. Beim Ableben eines Arbeiters fällt der Betrag an die Erben.

4. Wenn der Arbeiter diesem Vertrage zuwiderhandelt, z. B., indem er Arbeitseinstellungen unterstützt, verliert er alle Ansprüche auf das Spargeld und wird dasselbe unter die anderen Arbeiter vertheilt zc.

Da sich die Genossen in Aarhus eine solch freche Annahme nicht gefallen lassen wollten, erfolgte die Aussperrung von ca. 300 Mann. Nach vierzehntägigem Kampfe hatten die Arbeiter den Sieg errungen, den Sieg auf der ganzen Linie, wie der Bericht uns freudig mittheilt. Um den kämpfenden Genossen wenigstens ein Zeichen des Solidaritätsgefühls zu geben, sandten die Mitglieder des Bureaus mit Hilfe von einigen hiesigen dänischen Genossen die Summe von 25 Fr.

Belgien hat stets in guter Verbindung gestanden mit dem Bureau. Auf dem letzten Kongress zu Nivelles hat die nationale Föderation der belgischen Metallarbeiter einen namhaften Zuwachs erhalten durch den Beitritt der bisher dem Verband ferngebliebenen Metallarbeiterorganisationen von Charleroi.

Der Verband entfaltet eine lebhaftere Thätigkeit, um seine Organisation auszubehnen. Ende September wurde die Kraft desselben auf eine harte Probe gestellt, indem in Gent anfänglich einer partiiellen Arbeitsniederlegung, welche etwaige Besserung der sehr niederen Löhne bezwecken sollte, ca. 2000 Metallarbeiter ausgesperrt wurden. Nach etwa zehntägigem hartnäckigem Kampfe, in welchem die Aussperrten von der gesammten belgischen Arbeiterschaft unterstützt wurden, kam eine Vereinbarung zu Stande, nach welcher die Arbeiter in der Hauptsache die Sieger blieben. Wenn die Unternehmer in Gent glaubten, die Arbeiterorganisation sprengen zu können, so haben sie nun das Gegentheil erreicht, indem jetzt 90 Prozent der Metallarbeiter Gents der Gewerkschaft angehören. Mehrere unserem Bureau angeschlossene Verbände haben den Anlaß benützt, den belgischen Genossen durch finanzielle Unterstützung zu bekunden, daß sie mit ihnen einig sind nicht nur im Fühlen und Denken, sondern auch im Kampfe.

Franreichs Metallarbeiterbund hat im verfloßenen Jahre bedeutende Fortschritte gemacht in Bezug auf den inneren Ausbau der Organisation. Die neuen

Statuten, welche aus den Berathungen des Kongresses in Limoges hervorgegangen sind, denken uns an, daß die französischen Genossen die richtige Route erkannt haben.

Der Erfolg der Wähler in Lyon, wovon wir in den Preßorganen der Metallarbeiter seiner Zeit Kenntniß gaben, spricht genugsam für den Einfluß, welchen die französischen Gewerkschaften im öffentlichen Leben Frankreichs erlangt haben.

In Oesterreich, wo die famosen Vereinsgesetze der Ausbreitung der Organisation ungenügend hinderlich sind, marschirt der Metallarbeiterverband unentwegt vorwärts. Die Leitung desselben macht rühmliche Anstrengungen für die Ausbreitung der Organisation.

Deutschland. Bei der anlässlich des letzten Jahresberichtes angeordneten allgemeinen Umfrage betreffend den Fortbestand des Bureau, hatten sich die Vorstände des Zentralvereins der deutschen Arbeiter und des Metallarbeiterverbandes, ersterer bejahend, letzterer verneinend ausgesprochen. Nachdem aber der Vorstand der deutschen Metallarbeiter mit seinem Votum allein geblieben, erklärte derselbe, daß er sich dem Beschlusse der Mehrheit füge und seinen Pflichten gegenüber dem Bureau in jeder Beziehung nachkommen werde.

Da wir in diesem Jahre von Amerika weder schriftliche Berichte noch Fachorgane erhielten, sind wir nicht in der Lage, Näheres über den Stand der dortigen Organisation mittheilen zu können.

In engster Beziehung steht das Bureau mit dem Zentralvorstande des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, dem Vertreter seines Mandatgebers. Derselbe versteht gleichsam die Pforten gegenüber dem Informationsbureau, dem garten Sprößling der internationalen Vereinbarung. Die Organisation der Schweizerischen Metallarbeiter ist in stetem, wenn auch langsamem Wachsthum begriffen. Die prompte Zustellung der Fachorgane: „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, „Glückauf“ (Former Deutschlands), „Oesterreichischer Metallarbeiter“, „Tagblad for Smede og Maskinarbejdere“ und „Bulletin officiel de la Fédération nationale des ouvriers métallurgistes de France“ verdanken wir bei diesem Anlaß auf's Beste. Dagegen müssen wir konstatiren, daß die Berichterstattung der einzelnen Länder bisher durchaus unzureichend war. Mehrere Länder haben uns noch gar keinen Bericht zugestellt. Wenn in dieser Beziehung keine Besserung eintritt, wird auch ein mit den nöthigen Mitteln ausgestattetes Bureau nicht gedeihen können. Es dürfte Sedermanu klar sein, daß ohne eine regelmäßige, periodische Berichterstattung seitens der Centralstellen die Thätigkeit des Bureau schon von vornherein lahmgelegt ist. Wir verweisen die Genossen auf das Protokoll des Züricher Kongresses. Ebenso wünschbar wäre, wenn bei größeren Streiks oder Aussperrungen dem Bureau 1. sofort über den Ausbruch, 2. über den Verlauf und 3. über das Resultat derselben Mittheilung gemacht würde. Bisherorts scheint die Kenntniß von der Existenz eines internationalen Informations-Bureau, wie der Rechte und Pflichten gegenüber denselben zu mangeln und möchten wir deshalb die Verbandsleitungen bitten, gegebenen Falls die Genossen darauf aufmerksam zu machen.

Gegen Ende des Berichtsjahres haben wir an die Vertrauensmänner und Vorstandsvorstände Fragebogen versandt, welche eine Erhebung über die Form und Stärke der Organisation, sowie die im Jahre 1894 stattgefundenen Streiks bezwecken. Wir hoffen mit der Beantwortung der Fragen das Material zu erhalten, das zur Fundamentirung einer internationalen Organisation notwendig ist und erwarten deshalb, daß alle ausgegebenen Frage-

bogen möglichst rechtzeitig uns wieder zugestellt werden.

Eine auffallende Erscheinung, die wohl keinem Beobachter der Arbeiterbewegung entgehen wird, ist die, daß die Aussperrungen im letzten Jahre in allen Ländern sowohl an Zahl, wie an Umfang zugenommen haben.

Die Unternehmerorganisationen wännen mit diesem Kampfmittel die Arbeiterorganisationen zerstören zu können, aber der Ausgang der bisherigen Lockouts hat meistens das Gegentheil gezeigt, und wenn auch in vereinzelten Fällen der Versuch gelungen ist, so bürgt uns die unverstehbare Kraft, welche in der Arbeiterbewegung liegt, dafür, daß schließlich doch die Arbeit Sieger bleibt. Dieses Bewußtsein soll uns aber nicht lässig machen, sondern zur Sammlung all unserer Kräfte anspornen, um den Kampf gegen das Kapital mit Erfolg durchzuführen.

Ein anderes Widerstandsmittel der Unternehmer, das weniger auffällig erscheint, verdient nicht in geringerem Maße unsere Aufmerksamkeit. Ausgedehnte Streiks und Lockouts in Ländern mit trefflichen Arbeiterorganisationen haben in letzter Zeit mit einer Niederlage der Arbeiter geendet, weil die Unternehmer fertige Waaren erhielten aus Ländern, wo die Organisation der betreffenden Branche noch schwach ist und die Löhne daher geringe sind. Auf diese Weise können die Bemühungen einer noch so starken nationalen Berufsorganisation illusorisch gemacht werden durch das Fehlen einer solchen in andern Ländern. Daraus folgt die Nothwendigkeit einer internationalen Berufsorganisation.

Diesem Ziele näher zu rücken, sind die internationalen Berufskongresse ein förderndes Mittel. Da im Sommer 1896 in London der internationale sozialistische Arbeiterkongress stattfand, ist wohl die beste Gelegenheit zur Abhaltung eines internationalen Metallarbeiter-Kongresses vorhanden. Das Bureau wird sich daher zu diesem Zweck mit den englischen Genossen in Verbindung setzen und falls die Länderorganisationen damit einverstanden sind, die nöthigen Vorarbeiten treffen. Bezügliche Antworten erbitten wir uns bis 15. März 1896.

Mit Brudergruß und Handschlag!  
Winterthur im Dezember 1895.  
Das internationale Informations-Bureau der Metallarbeiter:

H. Bogelsjanger, Fr. Rutil,  
E. Seyler, Leimbacher, Ch. Keller.  
Für den Zentralvorstand des Schweiz.  
Metallarbeiterverbandes und die Revisoren:  
Friedr. Köster, Zürich. W. Sander,  
Zürich. Ch. Bischof, Schaffhausen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Anschließend an die Bekanntmachung in Nummer 5 der „Metallarb.-Ztg.“, betr. die Beschickung des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, geben wir nachstehendes

### Wahlreglement

bekannt.  
Der Verband bildet ausschließlich des Königreichs Sachsen im Ganzen 13 Wahlabtheilungen, an deren Spitze je ein Zentralwahlkomitee steht.

Die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungskstelle, deren Namen in der Wahlabtheilungszusammenstellung  **fett**  gedruckt ist, bildet im Verein mit vier aus der Mitgliederzahl derselben Verwaltungskstelle zu wählenden Beisitzern das Zentralwahlkomitee für die Abtheilung. Die vier Beisitzer sind in der Mitgliederversammlung, in welcher die Wahl der Delegirten vorgenommen wird, zu wählen. Als Beisitzer sind nur solche Mitglieder zu wählen, welche nicht als Kandidaten aufgestellt sind. Bis zur erfolgten Wahl der vier Beisitzer hat die Ortsverwaltung die etwa nöthigen Wahlarbeiten allein zu besorgen.

Der Bevollmächtigte fungirt als Vorsitzender; die Adressen derselben sind in der Wahlkreiseintheilung anzugeben.

### Vorschläge von Kandidaten.

Zur Vermeidung einer zu großen Stimmenzerpflüchterung wird es sich empfehlen, wenn die zu den einzelnen Wahlabtheilungen zählenden Mitgliedschaften umgehend ihre Kandidatenvorschläge den Zentralwahlkomitees (in jeder Wahlabtheilung durch Fettdruck hervorgehoben), mittheilen, damit diese die Vorschläge den Mitgliedschaften ihrer Wahlabtheilung bekannt geben können.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen den Zentralwahlkomitees bis spätestens am 24. Februar a. c. mitgetheilt sein.

Das Zentralwahlkomitee hat diese Vorschläge nicht vor dem 25. Februar zusammenzustellen und den einzelnen Mitgliedschaften sofort, spätestens aber bis zum 28. Februar bekannt zu geben.

Etwas nach dem 24. Februar dem Zentralwahlkomitee zugehenden Vorschläge können wohl zur Wahl zugelassen werden, für die Zentralwahlkomitees besteht aber keineswegs eine Verpflichtung, diese Vorschläge den Mitgliedschaften zur Kenntniß zu bringen.

Ebenso besteht auch keineswegs für die Mitgliedschaften die Verpflichtung, die vorgeschlagenen zu wählen.

Bei Mittheilung der vorgeschlagenen Kandidaten an den Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees sind etwaige Adressänderungen, die sich seit 1. Januar 1896 bei den Bevollmächtigten ergeben haben, anzugeben.

### Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied.

Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabtheilung, in welcher es zur Zeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer anderen Wahlabtheilung in der Liste stehen.

### Wahlhandlung.

Die Wahl der Delegirten erfolgt in einer Mitgliederversammlung und kann sich über die ganze Dauer derselben oder aber auch nur über einen Punkt der Tagesordnung erstrecken. Der Wahlakt ist jedoch so zeitig zu beenden, daß die Zusammenstellung des Resultats noch vor Schluß der Mitgliederversammlung erfolgen kann.

Eine Vertagung der Wahlhandlung auf eine spätere Versammlung ist ebenso wie die Vornahme der Wahl in verschiedenen kleineren Werkstätten oder Bezirksversammlungen oder die Einziehung der Stimmen von den Mitgliedern in ihren Wohnungen oder durch Beitragsjammler, Kolporteur etc. unzulässig.

Die Wahl erfolgt mittelst Stimmzetteln und sind vorher die Namen sämtlicher Kandidaten der Wahlabtheilung den Mitgliedern in verständlicher Weise mitzutheilen.

Diese Mittheilung kann in der Weise geschehen, daß entweder die Kandidatenliste mehrmals verlesen oder nach einmaliger Verlesung im Lokal sichtbar ausgehängt wird; in letzterem Fall sollte aber auf diesen Aushang hingewiesen werden.

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Ortsstempel versehenen unbeschriebenen Stimmzettel und kann darauf (nur eigenhändig) bei der Wahl einen Namen verzeichnen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzettel sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist.

Jedes wählende Mitglied hat sich bei Abgabe seiner Stimme in die aufliegende Wählerliste einzuzichnen.

Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und von der gesammten Ortsverwaltung zu unterzeichnen. Das Protokoll muß enthalten: Angaben über den Tag

der Wahl, über die Dauer, ob sie sich über die ganze Versammlung ausdehnte oder nur einen Punkt der Tagesordnung in Anspruch nahm, daß und in welcher Weise die Kandidaten bekannt gemacht, wie viel Stimmen im Ganzen und wie viel für jeden einzelnen Kandidaten abgegeben worden sind.

### Einsendung des Wahlergebnisses an das Zentralkomitee.

Dieses Protokoll nebst Wählerliste und Stimmzetteln ist an das Zentralwahlkomitee so rechtzeitig einzusenden, daß es spätestens am 17. März in dessen Händen ist.

Das Rouvert ist gut zu verschließen, mit dem Vermerk „Stimmzettel, Wahlergebnis“, zu versehen, damit der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees es nicht vor der Zusammenstellung des Resultats in der Sitzung des gesammten Zentralwahlkomitees zu öffnen braucht.

### Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch das Zentralwahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlergebnisse, Stimmzettel, Protokolle und Wählerlisten hat der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem 18. März, das Zentralwahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen, welche thunlichst auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.

In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Verwaltungen durchgesehen, die Wählerlisten und Stimmzettel geprüft und das Wahlergebnis zusammengestellt.

Wahlergebnisse, bei denen das Protokoll oder die Wählerliste oder die Stimmzettel fehlen, sind für ungültig zu erklären und bei der Zusammenstellung des Resultats nicht in Betracht zu ziehen.

Daselbe gilt, wenn die Angaben des Protokolls mit denen der Wählerliste, oder die letztere nicht ebensoviel Namen enthält, wie Stimmzettel abgegeben wurden, oder wenn sich aus dem Protokoll irgendwelche Verstöße gegen das Wahlreglement ergeben.

Stimmzettel sind ungültig, wenn sie nicht abgestempelt sind, wenn sie mehr als einen Namen enthalten, oder wenn sie von einer Person geschrieben sind.

Gewählt als Delegirter ist dasjenige Mitglied, welches die höchste Stimmenzahl erhalten hat, wenn es mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine absolute Mehrheit überhaupt nicht heraus, so ist eine

### Stichwahl

zwischen den beiden Kandidaten, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, zu veranlassen.

In diesem Falle ist den Mitgliedschaften der Wahlabtheilung das Wahlergebnis sofort, spätestens aber so zeitig mitzutheilen, daß es bis am 20. März in ihren Händen ist.

Die Stichwahl findet in gleicher Weise wie die Hauptwahl statt, nur daß in ihr nur zwei Kandidaten zur Wahl stehen.

Jeder Stimmzettel darf nur einen Namen enthalten.

Das Stichwahlergebnis nebst Protokoll, Wählerlisten mit Stimmzetteln ist so zeitig an das Zentralwahlkomitee einzusenden, daß es spätestens am 7. April in seinen Händen ist.

Die Zusammenstellung und Prüfung durch das Zentralwahlkomitee darf vor dem 8. April nicht erfolgen.

Für die Prüfung der Stichwahlergebnisse gelten die Bestimmungen wie bei der Hauptwahl mit der Erweiterung, daß nunmehr alle Stimmzettel, die einen anderen Namen als den eines zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten, ungültig sind und nicht mitgezählt werden. Als gewählt gilt derjenige, der die meisten Stimmen erhält. Ist Stimmengleichheit vorhanden, so entscheidet das  **Loos** , welcher Entscheid sofort herbeizuführen ist.

**Mittheilung des Endergebnisses, Ausstellung des Mandats.**

Ist die Wahl endgiltig entschieden, so ist das Ergebnis den Verwaltungen, sowie dem Vorstand, letzterem unter Angabe der genauen Adresse des Delegirten, spätestens innerhalb einer Woche nach der erfolgten Feststellung des Resultats, mitzutheilen. Dies gilt auch, wenn die endgiltige Entscheidung schon im ersten Wahlgange erfolgte.

Ebenso ist von dem Centralwahlkomitee ein vom Vorstand ausgestelltes Mandat auszufüllen und durch Unterschrift aller Mitglieder desselben gegenzuzeichnen. Dieses Mandat ist dem Delegirten einzuhändigen und dient demselben neben seinem Mitgliedsbuch als Legitimation.

**Kontrolle über die Wahl der Delegirten.**

Die Wahl der Delegirten wird durch den Vorstand kontrollirt; dieser ist auch verpflichtet, jede auf die Wahl Bezug habende Auskunft zu erteilen. Etwaige Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind demselben sofort mitzutheilen. Er ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzuordnen. — Sämmtliche Wahllisten sind von dem Centralwahlkomitee's dem Vorstand einzusenden.

**Rücktritt eines vorgeschlagenen Kandidaten.**

Der Rücktritt eines Kandidaten ist nur vor Eröffnung des ersten Wahlganges zulässig. Spätere Rücktrittserklärungen, namentlich solche von zur Stichwahl stehenden Kandidaten, bleiben unberücksichtigt, d. h. die Wahl, resp. Stichwahl, wird so vollzogen, als ob keine Rücktrittserklärung erfolgt wäre.

**Verhinderung eines gewählten Delegirten. Ersatzmann.**

Ist ein Delegirter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Vorstand umgehend mitzutheilen, welcher dann als Ersatzmann denjenigen Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm die höchste Stimmenzahl erhalten hat oder mit ihm in die Stichwahl gekommen oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

**An die Einzelmitglieder im Königreich Sachsen.**

Das ganze Königreich Sachsen bildet eine einzige Wahlabtheilung, welche drei Delegirte wählt. Das Zentralkomitee bildet der Vorstand in Stuttgart.

Die Wahl der Delegirten erfolgt durch direkte Stimmenabgabe der Mitglieder an den Vorstand und werden den Mitgliedern vom Vorstand zu diesem Zwecke die nöthigen Instruktionen und Stimmkarten rechtzeitig zugestellt werden.

Die Kollegen in Sachsen haben sich vor der Hand nur darauf zu beschränken, dem Vorstand umgehend Wahlvorschläge zu machen, damit diese mit Versendung der Instruktion den einzelnen Mitgliedern bekannt gegeben werden können.

Die Vorschläge müssen bis spätestens zum 24. Februar 1896 in Händen des Vorstandes sein, andernfalls sie den Mitgliedern nicht mehr mitgetheilt werden können.

Die Einberufung von Einzelmitglieder-Verfassungen mit der Tagesordnung „Gewerkschaftskongreß“ etc. hat zu unterbleiben, da nach der Auffassung der sächsischen Behörden darin eine „ungesetzliche Vereinthätigkeit“ zu erblicken ist!

Kollegen! So nothwendig ein gemeinschaftliches Vorgehen gerade in Bezug auf die Wahlvorschläge wäre, so bedauerlich ist auch, daß eine offene Bethätigung auch auf gewerkschaftlichem Gebiet seitens der Behörden unterdrückt wird, umso mehr erwächst für Euch die Pflicht, sich auf diesem Gebiete zu bethätigen, indem Ihr auch ohne Versammlungen, ohne Entfaltung einer Vereinthätigkeit dem Vorstand Eures Vorschläge unterbreitet. Ihr kennt

die Personen Eures Vertrauens und werdet daher über etwaige Vorschläge kaum im Zweifel sein.

**Wahlabtheilungen.**

**1. Berlin-N.:** Robert Gaborn, Neue Hofstr. 37, III, Hof IV. — Berlin-C., Berlin-Neabit, Berlin-N., Berlin-O., Brandenburg, Charlottenburg, Potsdam, Rathenow, Rathenow (Brillen- u. Pincenezarb.), Rathenow (Einschl.), Rixdorf, Spandau, Schöneberg, Steglitz. **1** (Delegirter).

**2. Görtlich:** S. Benuwitz, Hohestr. 5. — Altwasser, Bredow, Breslau, Breslau (Klempner), Briesg, Bunzlau, Cottbus, Cöpenick, Danzig, Oberswalde, Elbing, Finsterwalde, Forst, Frankfurt a. d. Oder, Freiburg i. Schlf., Fürstenwalde, Gassen, Glogau, Goldberg, Görtlich, Grabow a. d. Oder, Grünberg, Guben, Jüterbog, Königsberg i. Pr., Königsberg i. Pr. (Klempner), Küstrin, Landsberg a. d. Warthe, Liegnitz, Luckenwalde, Muskau, Neu-Pluppin, Neusalz a. d. Ob., Oranienburg, Posen, Prenzlau, Rawitsch, Sagan, Schneidnitz, Stettin, Stettin-Zentrum, Stralsund, Vetschau, Zossen. **1**

**3. Hannover:** M. Brand, Neustraße 15, Hinterhaus III, I. — Alfeld a. d. Leine, Altenmelle, Braunschweig (Klempner), Braunschweig (Schlosser etc.), Göttingen, Hainholz, Hameln, Hannover, Hannover (Klempner), Hannover (Schmiede), Helmstedt, Hildesheim, Königslutter, Linden b. Hann., Linden (Feilenhauer), Lüneburg, Münden, Nienburg a. d. Weser, Osna-brück, Osna-brück (Former), Peine, Schöningen, Uelzen, Vegesack, Verden, Wolfenbüttel. **1**

**4. Altona:** Julius Schulz, Schuhmacherstr. 10, III. — Altona, Barmbeck, Bergedorf, Bremen, Bremerhaven, Elmshütten, Hamburg (Gelbgießer etc.), Hamburg (Klempner), Hamburg (Schlosser etc.), Sebaldsbrück. **1**

**5. Wilhelmshaven-Bant:** Albert Rudolph, Bant, Nordstr. 16. — Bielefeld, Bielefeld (Feilenhauer), Bielefeld (Schleifer), Bochum, Brackwede, Crefeld, Detmold, Dinklage, Dissen-Rothensfelde, Dortmund, Dortmund (Klempner), Duisburg, Essen, Essen (Klempner), Eutin, Gelsenkirchen-Schalke, Hagen, Harburg, Iserlohn, Leer in Ostfriesland, Minden i. W., Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Deynhansen, Oldenburg, Ruhrort, Schwein, Varel, Velbert, Wilhelmshaven-Bant, Witten. **1**

**6. Kiel:** R. Bissel, Möllingstr. 28 S., p. r. — Apemede, Eckernförde, Elmshorn, Flensburg, Flensburg (Klempner), Glückstadt, Gütrow, Heide, Jzehoe, Kiel, Kiel (Klempner), Lauenburg, Lübeck, Lübz, Neubrandenburg, Neumühlen, Neumünster, Oldesloe, Parchim, Pinneberg, Preetz, Priess, Rendsburg, Roitzsch, Schleswig, Schwerin, Wandsbeck, Wismar. **1**

**7. Frankfurt a. M.:** J. Dejung, Haidestr. 12, III. — Aachen, Bockenheim, Bonn, Köln a. Rh., Köln a. Rh. (Heizer etc.), Düren, Düsseldorf, Düsseldorf (Feilenhauer), Ehrenfeld, Elberfeld, Frankenthal, Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. (Mechaniker), Frankfurt a. M. (Spengler), Gustavs-lautern, Kaiserslautern (Former), Kalk, Lambrecht, Landau, Lennep, Ludwigshafen, Mainz, Mülheim a. Rh., Müßbach, Neustadt a. d. Hardt, Neuwied a. Rh., Oberad, Oberursel, Oberstein, Pirmasens, Reimscheid, Solingen, Spreyer, Wertheim, Wiesbaden, Worms. **1**

**8. Offenbach a. M.:** Ludwig Donges, Gustav Adolfstr. 38. — Albrechts i. Thür., Apolda, Aschaffenburg, Cassel, Coburg, Darmstadt, Eisenach, Eisenberg, Erfurt, Gießen, Gießen (Schlosser), Gotha, Hanau, Hersfeld, Jchtershausen, Jena, Marburg, Mühlhausen i. Thür., Mülheim a. Main, Neu-Isenburg, Nordhausen, Offenbach a. Main, Pfungstadt, Pöfned, Ruhla, Saalfeld, Suhl, Schmalkalden, Schmiedefeld i. Thür., Schweinfurt, Weimar, Würzburg, Zetz. **1**

**9. Altenburg:** Max Lederer, Uferstraße 58, III. — Altenburg, Aschersleben, Bernburg, Burg, Cöthen, Dessau, Eisenburg, Halle a. d. S., Halle a. d. S. (Feilenhauer), Halle a. d. S. (Former), Magdeburg (Feilenhauer), Magdeburg-Buckau, Magdeburg-Alte Neustadt, Magdeburg-Neustadt, Magdeburg-Sudenburg, Magdeburg-Wilhelmstadt, Merseburg, Meuselwitz, Quedlinburg, Roslau, Sangerhausen, Schmölln, Schönebeck a. d. Elbe, Stendal, Torgau, Weippenfels, Zerbst. **1**

**10. Fürth i. Bay.:** Moritz Höfler, Schützenstraße 10, III. — Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Burgfarrnbach, Emstkirchen, Erlangen, Fürth (Metallbr.), Fürth (Schläger), Gera, Gerasmühle, Greiz, Hersbruck, Hof, Markt-Redwitz, Möseldorf, Münchenbernsdorf, Neustadt a. d. Orla, Pegnitz, Selb, Schleiz, Schnigling-Doos, Schwabach, Schwabach (Nabler), Zeulendorf, Zirndorf. **1**

**11. Nürnberg:** Karl Breder, Merkels-gasse 3, II. — Nürnberg (Allg.), Nürnberg (Flaschner), Nürnberg (Form.), Nürnberg (Mechaniker), Nürnberg (Metallbrücker), Nürnberg (Reißzeugindustrie), Nürnberg (Roth- und Glodengießer), Nürnberg (Schmiede). **1**

**12. München:** Josef Walter, Spengler, Badstraße 50, Rückgebäude, III, r. — Alen, Augsburg, Augsburg (Feilenhauer), Baden-Baden, Constanz, Emmendingen, Freiburg i. Br., Freising, Fürstfeld-Bruck, Furzwangen, Gmünd (Schwäb.), Göppingen, Heidenheim, Ingolstadt, Kempten, Kirchheim u. Teck, Lahr, Landshut, Lechhausen, Lörrach, Memmingen, Mülhausen i. Elsaß, München (Feilenhauer), München (Former), München (Schlosser etc.), München (Siebmacher), München (Spengler), München (Zinngießer), Oberndorf, Offenburg, Passau, Ravensburg, Regensburg, Reutlingen, Rosenheim, Schramberg, Schwenningen, Straßburg i. Elsaß, Traunstein, Triberg, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Willingen. **1**

**13. Mannheim:** Christian Schneider, R. 7, 3, III. — Böckingen, Cannstatt, Cannstatt (Former), Durlach, Eßlingen, Ettlingen, Feuerbach, Gaggenau, Grözingen, Hagsfeld, Hall (Schwäb.), Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Karlsruhe-Mühlburg, Ludwigsburg, Mannheim, Neckargartach, Neckarsulm, Pforzheim, Schorndorf, Stuttgart, Stuttgart (Flaschner), Weinheim, Zuffenhausen. **1**

**14, 15 u. 16:** Einzelmitglieder im Königreich Sachsen. **3**. Wahl-Komitee: Verbandsvorstand in Stuttgart, Neckarstraße 160, I.

Das für die obige Wahl nöthige Material, als: besondere Zirkulare mit obigem Reglement und Wahlabtheilungen, Wählerlisten, Wahlprotokollformulare wird jeder Verwaltungsstelle, Zusammenstellung der Wahlvorschläge und Wahlergebnisse den Central-Wahlkomitees vom Vorstand zugestellt. Die für die Wahl erforderlichen abgestempelten Stimmgelbe hat jede Verwaltung in genügender Anzahl selbst zu beschaffen.

Mit kollegialem Gruß  
i. A.: **Alexander Schlichte.**

**Bekanntmachung.**

Wegen etwaiger zum Gewerkschaftskongreß zu stellender Anträge empfehlen wir den Mitgliedern Folgendes zur Beachtung:

Alle Anträge sind dem Vorstand bis zum 14. März einzureichen und werden dieselben in der am 21. März erscheinenden Nummer des Verbandsorgans vom Vorstand unter einer besonderen Rubrik veröffentlicht, damit dieselben noch hinreichend diskutiert werden können.

Wie die Diskussion auf der letzten Generalversammlung bewies und die Abstimmung über den Vorstandsantrag auf Einstellung der Beitragsleistung bestätigte, sind die Meinungen über den Fortbestand

der Generalkommission sehr getheilte. (Der Vorstandsantrag wurde mit 1 Stimme Mehrheit abgelehnt.) Wenn nun zum Theil an der Ablehnung des Vorstandsantrages der Umstand Schuld trug, daß ein großer Theil der Delegirten der Ansicht war, daß man nicht als Schuldner sich zurückziehen dürfe, so bewies doch die Diskussion die Abstimmung, daß die Frage nicht genügend geklärt war, und deswegen erwartet der Vorstand von den Mitgliedern die strengste Beachtung und prompte Ausführung des obigen Vorschlags, weil nicht durch Massenfabrikation sehr vieler auf dasselbe abzielender Anträge, sondern nur durch Diskussion derselben die für unsere Organisation notwendige Klärung über diese Frage geschaffen werden kann.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 44028 des Maschinenbauers Wilh. Garke, geb. zu Magdeburg am 26. Februar 1862.
- 79021 des Schlossers Georg Bartl, geb. zu Moserath am 12. Dec. 1870.
- 118774 des Mechanikers Karl Schüt, geb. zu ? am ?
- 118887 des Klempners Wilh. Sawlich, geb. zu Ringelheim am 10. Aug. 1876.

Ausgeschlossen wird nach § 8 Abs. 7a des Statuts:

Der Bohrer Oskar Hilles, geb. zu Würzen am 22. August 1862, Buch-Dr. wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern in Höhe von M. 10,95.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

**Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, I,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß  
**Der Vorstand.**

Der Instrumentenmacher Adolf Kleiner aus Böschwitz i. Schl. wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, wollen dies umgehend thun.

**Verbands-Kollegen!**

**Vergeßt die Arbeitslosen-Statistik nicht!**

**Korrespondenzen.**

**Klempner.**  
**Braunschweig.** In der Versammlung der Sektion der Klempner am 14. Januar hielt zuerst Doktor Bissel einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Leid und Seele“. Beim zweiten Punkt gelangte unser Arbeitsnachweis zur Debatte; derselbe wurde so geregelt, daß acht Mann denselben verwalten. Kollege W. Schöning ist Obmann. Der Arbeitsnachweis findet statt jeden Abend von 8-9 Uhr und Sonntags von 11-12 Uhr im „Bayerischen Hof“. Dann kamen verschiedene Klagen über die Werkstatt des Klempnermeisters Wunderlich zur Sprache, wo ein früheres Mitglied von uns als Werkführer seines Amtes als „treuer Diener seines Herrn“ gar „wunderlich“ waltet. Für einen abgebrochenen Zinnfellenstummel von etwa 10 Zentimeter Länge ließ er einem Kollegen 1 M abziehen. Auch fehlt es ihm nicht an Schnelligkeit. Wunderlich muß man sich nur, wenn man seine früheren Ansichten sich vergegenwärtigt. — Auch wurde beschlossen, jezt mehr Veranlassungen abzuhalten, damit eine regere Agitation enskaltet werde.

**Frankfurt a. M.** (Sektion der Spengler und Zusatzenre.) Unter welcher herrlichen Zuständen unsere Kollegen in den Akkumulatorenwerken von Postat existieren, sei auch hier einmal angeführt, nachdem wir uns in einer Mitgliederversammlung mit dieser Gelegenheit beschäftigt und eine Kommission von fünf Mann gewählt hatten, welche sich mit den Arbeitern der betr. Fabrik in Verbindung setzt, um sie vor allen Dingen einmal für unsere Organisation zu gewinnen. Denn bis jezt sind, man staune, zwei Kollegen im Verband, während ca. 50 bis 60 Mann dort arbeiten; es wird daher niemand wundern, wenn trotz aller Diskussion und trotz der Berichte in der hiesigen „Volksstimme“ fast Alles beim Alten geblieben ist. Doch nicht ganz, eine Erneuerung wurde doch eingeführt: die 1661. Direktion besagter Fabrik hat ein probates Mittel ent-

bedt, die Bleikollgefäße zu erkiden, sie — entlich wiederholt ihre erkrankten Arbeiter. So erholten nach und nach 28 Arbeiter ihr kündigungsschreiben auf die Rede ihres Krankheitsgelehrten! Dies ist das Loos des Arbeiters! Gesund und kräftig betritt er die giftgeschwängerten Räume, um sie hochhändig und bleich wie der Tod, wankend wieder zu verlassen. Nur kurze Zeit im sog. „Giftraum“ Nr. 5 beschäftigt, genügt, selbst einen Hercules auf Krankenbett zu werfen, denn die Bleikoll ist ein gar schlimmer und auch eigenartiger Feind. Zwei Forderungen stellen die Arbeiter, die Opfer dieses Systems, zunächst auf: Erhebliche Verärgerung der Arbeitszeit und bessere Ventilation der Arbeitsräume. Was ist nun bei jetzt geschehen? Die Arbeitszeit ist dieselbe geblieben, die Ventilation wird immer noch als ungenügend allseitig bezeichnet. Trotzdem rühmt sich die Firma in allen Tonarten, alle Neuerungen in diesen Betrieben eingeführt zu haben und auch fernerhin weder Kosten noch Mühe zu scheuen, um die Zahl der Erkrankten vermindern zu können. Weshalb belästigt man aber dann die Frühstücks- sowie Vesperpause hartnäckig auf je 1/4 Stunde, weiß man doch, daß allein zum vorchriftsmäßigen Reinigen der geschwägten Hände mindestens zehn volle Minuten erforderlich wären und kann man dann den Rest dieser Viertelstunde, fünf Minuten, eine Essenspause nennen? Weshalb läßt man ferner die armen Arbeiter ganze halbe Tage und noch länger in dieser giftgeschwängerten Atmosphäre atmen? Weiß man nicht, wie in den Akkumulatorenfabriken der Schweiz gearbeitet wird? Jedenfalls rühmt man sich doch, überall Erntungsbildungen einzuziehen zu haben. In der Schweiz werden diese Arbeiter abwechselnd tagsüber halb im Giftraum, bald in dem mit dem Betriebe verbundenen Landwirtschaf beschäftigt. Gält nun im Betriebe Pollal dies hinweg, kann man nun einmal nicht die vergifteten Arbeiter in der gesünderen landwirtschaflichen Beschäftigung den eingeathmeten Bleirauch wieder ausatmen lassen, dann sollte man aber doch im Betriebe selbst schon die Vorkerzung getroffen haben, daß die Arbeiter schichtweise sich abwechseln, ohne aber wie bisher den Lohn bei einer anderen gesünderen Beschäftigungsart ganz erheblich zu reduzieren, z. B. von 5 M auf gar 2 M zu erniedrigen. Oder soll dies etwa eine Strafe für die Konvaleszenten sein, die ihre Gesundheit im Raum 5 gelassen? Also gleichen Lohn auch bei abwechselnder Beschäftigungsart! Macht man aber dem Arbeiter zum Schlusse noch einen Vorwurf daraus, daß er dem Fabrikarzt sich nicht anvertraut und etwaige Verbesserungsvorschläge macht, dann soll nur hier gesagt sein, daß dies so lange nicht geschieht, so lange Herr Dr. Brill Dinstags noch in Begleitung eines Direktors oder Ingenieurs durch die Räume der Fabrik geht. Genießt denn überhaupt dieser Herr Doktor das Vertrauen der Arbeiterschaft dieser Fabrik? Thatsache ist doch, daß über 90 Prozent aller Erkrankten sich in naturärztliche Behandlung begeben und speziell der Vertrauensarzt der Fabrik schwerlich einen einzigen Patienten davon zu kuren hat. Man erblickt auch in der naturärztlichen Behandlung, die verhältnismäßig eine längere Kur in Folge hat, eine Gefahr der Simulation. Nichts falscher als das. Wohl mag einer oder der andere simulieren, was kann da die Masse der Erkrankten dafür, oder glaubt man nicht, daß diese armen Teufel viel lieber 30—35 M und sei es auch im Giftraum, verdienen würden, als die viel niedrigere Unterstützung der Ortskrankenkasse von 12 oder 18 M per Woche? Freilich, Reformen in dieser Art, wie vorgeschlagen, kosten etwas Geld, die Dividenden der Aktionäre mögen auch etwas fallen, was hindert aber das? Was gilt es hochhalten, die Gesundheit der Arbeiter oder die Dividenden der Aktionäre? Wenn aber erkrankte Arbeiter auch in Zukunft entlassen und durch andere und womöglich noch billigere Arbeitskräfte aus dem großen Heer Arbeitsloser oder doch schlecht bezahlt ersetzt werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn unter den Entlassenen die Meinung aufkommen könnte: die Entlassungen würden bloß vorgenommen, um der Ortskrankenkasse am Jahresgüte keine Mehraufwendungen zurückvergüten zu müssen, laut Vertrag vom 1. Januar d. J.

**Hendenburg.** Eine richtige „Musterhube“ ist die von Klemperer Range hier in Hendenburg. Dasselbst sind ein bis zwei Kollegen beschäftigt, welche aber nicht am schönsten von Herrn Lange behandelt werden, was aus Nachfolgendem hervorgeht. Die dort beschäftigten Kollegen bekommen wohl Hauszuschüssel, jedoch nur für einen schmalen Gang, wo sie über aufgestapelte Packlisten klettern müssen, wenn sie zu Hause kommen, wobei sie Gefahr laufen, ihre Kleidung kaputt zu machen. Ferner hat dort ein Kollege für Überstunden Bezahlung verlangt, was Herr Lange aber verweigerte, indem er zu dem Arbeiter sagte, er habe wohl schon viele Kollegen gehabt (die Rede ist auch mit einem

Zanberschlag zu vergleichen), aber noch keinen der solche „Freiheit“ besäße, daß er für ein paar Überstunden auch noch bezahlt sein wollte. Hierauf wurde der Kollege gekündigt, der bei Post und Bogis 6 M Wochenlohn, bei 11stündiger Arbeitszeit, hatte. Auch hat es diesem Herrn Lange gefallen, die gesellschaftlichen Feiertage vom Lohne abzuziehen. Kollegen, dies beweist abermals, wie notwendig die Organisation für uns ist; deshalb tretet Alle, Mann für Mann, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, damit solche Uebelstände abgestellt werden können.

**Metall-Arbeiter.**

**Konstan (Böhmen).** Zugang nach hier von Uhrmachern und deren Hilfsarbeitern ist wegen Differenzen mit der Firma S. Stenker & Ringler (Hauptgeschäft in Schwenningen) fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

**Apolda.** Unsere Extra-Versammlung, welche am 11. Januar stattfand, war wiederum gut besucht. Kollege Leber referierte über „die Leistungen der zentralisierten Arbeiter-Verbände“. An der Hand von statistischen Material legte der Referent den Anwesenden klar und verständlich etwa Folgendes dar: Dem Entwicklungsgange folgend, und mit unserer Segnern immer mehr an Boden abzugewinnen, war es nötig, nach Fall des Ausnahmegesetzes die Lokalorganisationen als nicht mehr für zeitgemäß zu betrachten und dafür die zentralisierten Gewerkschaften einzuführen. Von sogenannten Lokal-Verbindern wurden die zentralisierten Gewerkschaften resp. deren Unterhaltungskosten als viel zu kostspielig hingestellt, bei eintretenden Arbeitsverhältnissen funktionierte der Apparat viel zu langsam; derartige Redensarten wurden richtig beleuchtet und den Anwesenden bewiesen: wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir nur in zentralisierten Organisationen uns zusammenschließen. Dann ging Redner zu den früheren Fachvereinen im Metallarbeitergewerbe über, erklärte die Notwendigkeit der im Jahre 1891 vorgenommenen Gründung des D. M. V., und brachte durch zahlreichere Beweise die Leistungen des Verbandes in Bezug auf Streiks, Reiseunterstützung, Rechtschutz usw. vor; ganz besonders wurde hervorgehoben, daß durch die letzte Erhöhung der Beiträge der Verband in ein besseres Fahrwasser gekommen ist und daß wir auf dem besten Wege sind, wenn wir so weiter fortfahren, etwas leisten zu können. Die Parole muß für uns sein, lieber 20 S wöchentlich für den Verband geopfert, als wie sich markweise die Löhne reduzieren lassen. Dann geißelte Redner aufs Schärfste die Sonderbestrebungen des Berliner Lokalverbandes, sowie überhaupt jede Extragang, die gemacht wird, sich vom großen Ganzen abzuschließen. Derartige Quartiervereine, wie sie jetzt wieder von den Feilenhauern in Szene gesetzt werden, sind nur dazu angethan, unangenehme Klagen zu liefern. Dann beleuchtete Redner die Entwicklung der Metallindustrie in den einzelnen Provinzen Deutschlands und die Fortschritte der Organisation, das Resultat sei folgendes: Gerade dort, wo die Entwicklung der Metallindustrie die meisten Fortschritte gemacht hat (Rheinland und Westfalen), ist die Organisation die denkbar schlechteste, dort wo die Metallarbeiter nach Tausenden in den verschiedenen Fabriken arbeiten, hat der Verband die wenigsten Mitglieder. Welcher Beifall lohnte den Redner für seinen 1 1/2stündigen Vortrag. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. — Unsere letzte Mitglieder-Versammlung am 25. Januar war wiederum gut besucht. Nachdem fünf Neuaufnahmen vollzogen waren, wurden die auf der Tagesordnung stehenden Punkte erledigt; es wurden 20 M aus der Lokalkasse für Erweiterung der Bibliothek bewilligt und hierzu eine Kommission von vier Mann gewählt, bestehend aus Bomberg, Bartusch, Jöbler u. Scholz. Auch der Jahresbericht vom Gewerkschafts-Kartell, den Kollege Paul erstattete, war ein sehr befriedigender. Im „Verschiedenen“ wurde beschlossen, am Sonntag, den 16. Febr., ein Musikkränzchen im „Vorwärts“ abzuhalten.

**Berlin-C.** In der am 8. Januar zu Ende geführten Generalversammlung dieser Zahlstelle berichtete zunächst der Bevollmächtigte über die Thätigkeit der Verwaltung im verflochtenen Jahre unter besonderer Berücksichtigung der Vorkommnisse im letzten Quartal, wo der Streik bei Welles und daraus der Zwist mit den Berliner Vertrauensleuten entstand. Die Mitglieder erklärten sich nochmals mit dem Vorgehen „eines einzelnen Mitglieds“, wie es in der Resolution einer öffentlichen Versammlung hieß, einverstanden und bewiesen dies bei der nun folgenden Wahl der Ortsverwaltung, bei der der erste Bevollmächtigte Karl Berger und der erste Kassierer Fr. Baur einstimmig, die Stellvertreter E. Penning und W. G. Hirsch, sowie die Revisoren W. Hirsch und Ost Heidenreich mit bedeutender Majorität

wiedergewählt wurden; neu hinzugewählt wurde Jol. Sedmeier. Aus dem Bericht des Bibliothekars ging hervor, daß die Bibliothek jetzt stark benutzt wird und daher Neuaufschaffungen nötig sind. Zum Bibliothekar wurde J. W. gewählt. Der Kassensbericht verzeichnete für das vierte Quartal 1895 einhundertachtzig bez. alten Kassenscheine von M 289,07 eine Gesamteinnahme von M 1188,57, die Ausgaben betragen M 808,40, wovon M 571,60 an die Hauptkasse eingesandt wurden; sonach blieb am Jahresschluß ein Kassensbestand von M 885,17 übrig. Die Mitgliederzahl ist von 428 männlichen und 22 weiblichen Mitgliedern auf 438 männliche und 30 weibliche gestiegen. Die Jahresabrechnung für 1895 gestaltet sich folgendermaßen: Einnahme: 1. Quartal M 661,25, 2. Quartal M 580,85, 3. Quartal M 651,94, 4. Quartal M 849,50, dazu Bestand von 1. Januar 1895 M 252,12, ergibt eine Gesamteinnahme v. M 2945,66, Gesamtaufgabe M 2610,49, bleibt ein Bestand am 31. Dezember 1895 von M 335,17. Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung in den drei Quartalen bis 1. Oktober 1895 M 861,45, an die Hauptkasse eingesandt M 571,60. Die Gesamtmittelgliederzahl fiel von 478 am 1. Januar 1895 auf 466 (darunter 83 weibl.), am 31. Dezember 1895, da in diesem Jahre im Osten Berlins eine neue Verwaltung gegründet wurde und die dort wohnenden Mitglieder dieser beitraten; außerdem mußten leider im 4. Quartal viele Mitglieder gestrichen werden. Aus dem von Heidenreich erstatteten Herbergsbericht geht hervor, daß diese im Jahre 1895 von 2742 Kollegen in Anspruch genommen wurde (gegen 3185 im Jahre 1894). In Bezug auf den Streik bei Welles teilt Baur mit, daß an die hierbei in Betracht kommenden weiblichen Mitglieder 865 M an Unterstützung gezahlt wurde, welche Summe durch Sammelkassen aufgebracht wurde. — Der hierauf von Dr. Bernstein gehaltene Vortrag über Berufskrankheiten fand lebhaften Beifall. — Zum Schluß wurde noch auf den von den Feilenhauern der Verwaltung Nord eingerichteten Arbeitsnachweis für Feilenhauer aufmerksam gemacht. Derselbe befindet sich in der Herberge von Preuß, Neue Friedrichstraße 20, und haben dort schon viele Kollegen Arbeit erhalten.

**Cöpenick.** Am 19. Januar fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Mohrloch-Berlin über die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und über die Mittel zur Besserung derselben referierte. Redner geißelte in seinem Vortrag die Hungerlöhne, welche heutzutage gezahlt werden und hob hervor, daß von den 300 hier am Orte wohnhaften Metallarbeitern sich nur ein ganz geringer Bruchteil der Organisation angeschlossen habe. Diskussionspunkt war die Gründung einer Verwaltungsstelle. Als Bevollmächtigter wurde Adolf Schönfeldt, als Kassierer Gustav Begall gewählt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Metallarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Mohrloch, einverstanden und beschließt, durch kräftige Agitation das Ziel zu erstreben, welches uns der Referent vor Augen geführt hat, daß alle Kollegen, die dem D. M. V. angehören, denselben nach Kräften fördern. — Adresse des Bevollmächtigten: Adolf Schönfeldt, Cöpenick, Rudowertstr. 12.

**Durlach.** Am 19. Januar hielt das hiesige Gewerkschaftskartell eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Karl Kloth aus Stuttgart über das Thema referierte: „Die kapitalistische Produktion und die Bedürftigkeit der Arbeiter.“ In der darauffolgenden Diskussion meldete sich der Vorstehende der Karlsruhe'r Brauer zum Wort, der mit dem Braumeister der Firma Eglau gehörig in's Gericht ging. Grund dazu gaben ihm ungedrehte Behandlung der organisierten Kollegen von Seiten des Braumeisters, frühes Aufstehen (1/4 Uhr), und eine ungedrehte Entlassung. Gegen den Braumeister, der in seiner Wertheiligung auch nicht das Geringste widerlegen konnte, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung spricht über das eigenmächtige Vorgehen des Braumeisters ihr Mißfallen aus und beauftragt das Kartell, bei der Firma Eglau Schritte zu thun, damit die Uebelstände beseitigt werden.“ Pflicht eines jeden Kollegen ist es nun, die Brauer in ihrem Vorgehen zu unterstützen. Selber haben wir, trotz der großen Anzahl der in der Metallbranche Beschäftigten, noch eine sehr schwache Organisation. Wir haben zwar viele Kollegen, die bei jeder Gelegenheit betonen, daß sie überzeugte Sozialdemokraten seien, fordert man sie aber auf, dem Verband beizutreten, so erhält man gewöhnlich zur Antwort: „Ja, wir wissen was wir zu thun und wie wir zu wählen haben.“ Wenn diese Leute nur einmal endlich begreifen wollten, daß politischer und wirtschaftlicher Kampf aufs Innigste mit einander verbunden sind, daß wir nach manchen harten Strauß ausfechten müssen bis wir

zum Ziel gelangen, und daß ihnen ein ebenso trauriges Loos beschieden ist wie den schlechten Weibern, wenn sie es verschäumen, sich rechtzeitig zu organisieren. Kommt aber einmal eine kritische Zeit, ein Lohnabzug oder dergleichen, so fällt es diesen Leuten urplötzlich ein, daß in Durlach eine Organisation besteht. Ist der Streich parirt, so geht der alte Schindrian wieder los, und sind erst einige Wochen verstrichen, so sind wir genötigt, diese Kollegen wegen rückständigen Beiträgen zu streichen. Das kann man hauptsächlich von den Durlachern behaupten, die bei jeder Gelegenheit auf die Fremden klumpfen, die sich aber nicht geniren, in einer kritischen Lage, wie oben, bei den Fremden Hilfe zu suchen. In Punkto Vereinsmiete leisten diese Herren aber wirklich Großartiges. Es ist haarsträubend, wenn in einem Städtchen wie Durlach drei Turen und vier Gesangsvereine florieren, alle mit bürgerlicher Tendenz, während es einem Arbeitergesangsverein kaum möglich ist zu existieren. Ein „schönes“ Zeugnis für Durlach! Selber haben wir noch viele Verbandskollegen, die zwar eifrige Bezahler, aber schlechte Versammlungsbesucher sind. Kollegen, wir wollen in der nächsten Zeit über die Unterstützung der Arbeitslosen diskutieren und da ist es notwendig, daß jeder am Platz ist und seine Meinung zum Ausdruck bringt. Also, auf zur Versammlung!

**Glogau.** Am 18. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, zu welcher die Mitglieder bei Beginn vollständig anwesend waren — außer dem Herrn Vorstehenden, der es beinahe nicht für notwendig befunden hatte, sich an der Generalversammlung zu beteiligen, jedoch zu unserm Aller Freude sich dann später einstellte, so daß die Versammlung, der aufgestellten Tagesordnung gemäß, ihren Verlauf nehmen konnte. In den Vorstand wurden gewählt: Köhler, Vorstehender, Stiller, Kassierer, Müller, Schriftführer, Sütterlin, Gängel, Revisoren. Das Versammlungskartell ist bis auf Weiteres Jesuitenstraße 1 und werden die Kollegen ersucht, die Versammlungen, welche alle 14 Tage stattfinden, besser als dies bisher der Fall war, zu besuchen. Alle Anfragen sind zu richten an Ernst Köhler, Domsteinweg 27, das Kartell wird, wie bisher, bei H. Golze, Jesuitenstraße 1, anbezahlt und zwar zu jeder Tageszeit. — Die Verhältnisse hierorts in der „Metallarbeiter-Zeitung“ einmal eingehender zu schildern, behalte ich mir für einen späteren Termin vor. Euch aber, Kollegen von Glogau, rufe ich zu: Agitiert unerwüdlich für den Metallarbeiter-Verband, klärt die dem Verbande noch fernstehenden Kollegen über ihre traurige Lage auf, besucht aber selbst die Versammlungen besser, dann wird es auch hierorts vorwärts gehen, denn nur vereint können wir das erreichen, wozu der Einzelne zu schwach ist.

**Mühlheim (Nhr).** Da die Forderung der hiesigen Schleifer, betr. Lohnerhöhung, kurz abgewiesen ist, fühlen wir uns veranlaßt, nochmals die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Anspruch zu nehmen. Es wurden bis dato in der betreffenden Schleiferei per 100 Kilogramm 4 M bezahlt; hätte nun durchwegs jede Fette 1 Kilogramm gewogen, so wäre für den Lohn wohl noch weiter gearbeitet worden. Aber da gibt es Partien, von denen 380—350 Stück erst 140—150 Kilogramm wiegen. Zugang ist deshalb streng fern zu halten, und wenn es möglich ist, mögen sich die organisierten Feilenhauer weigern, solche Feilen, die auf der Mühlheimer Feilenfabrik und Maschinenfabrik für so einen traurigen Lohn geschliffen werden, aufzuheben.

**Mühlhausen i. Gf.** Am 29. Januar haben wir endlich die Genehmigung für unsere Zahlstelle erhalten. Sie wurde vom Bezirkspräsidium verweigert, und nach 3 Monaten auf eingelegte Beschwerden an das Ministerium genehmigt. Es war letzteres von der Behörde das Klügste, sonst wäre die ganze Angelegenheit im Reichstag zur Sprache gekommen. Unser Lokal ist jetzt die Wirtschaft Niehmüller, wo nächsten Montag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, unsere erste Sitzung abgehalten wird. Es werden keine Einladungen mehr geschickt, sondern die Sitzungen in der „Met.-Arb.-Ztg.“ bekannt gemacht. Thue jetzt jeder Kollege seine Pflicht und agitiere für den Verband, denn je stärker unsere Armee, desto sicherer der Sieg. Unsere Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist nicht zu verwechseln mit dem Metallfachverein, wir sind die Kampforganisation, der Fachverein ist in einen Apothekerverein ausgeartet.

**Neusalz a. d. O.** In der letzten Versammlung haben die Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle beschlossen: 1. monatlich 5 S Extrabeitrag zu bezahlen, 2. den durchreisenden Verbandsmitgliedern, die in Neusalz übernachten, eine ordentliche Herberge zu bieten. Die Durchreisenden erhalten in unserem Verkehrslokal zur „goldenen Kugel“ ein sauberes Bett, wofür jeder 30 S zu zahlen hat, das Uebrige legen die hiesigen Kollegen zu. Deshalb müssen die Kollegen, die auf

unserer Herberge übernachten wollen, eine Karte beim Vertranensmann holen. Die Kollegen, die noch nicht unterstüßungsberechtigt oder ausgegrenzt sind, erhalten ein Lotalgeld von 30 J.

**Offenbach a. M.** In der am 13. Jan. stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallarbeiter erstattete der Kassier seinen Jahresbericht. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 1894 326, eingetretene sind 245, zugeworfen 87, ergibt 658 Mitglieder, hiervon sind abgetreten, ausgeschieden und ausgeschlossen insgesamt 318 Mitglieder, verblieben am 31. Dezember 1895 340 Mitglieder. Bei der Klasse der hiesigen Zahlstelle stellt sich eine Einnahme von 3017,05 eine Ausgabe von 2971,90 gegenüber. Nach dem Bericht des Vorstehenden wurden vom 13. Dezember 1894 bis 16. Dezember 1895 25 Versammlungen abgehalten, darunter 2 öffentliche Versammlungen, Vorträge und Vorträge fanden 6 statt. Sitzungen des Vorstandes wurden 16 abgehalten, darunter 4 gemeinschaftlich mit dem Vorstand der Formier; außerdem beteiligte sich die Zahlstelle an allen Sitzungen des Gewerkschaftsartells. Die Agitationskommission war sehr rührig, dies beweisen die zahlreichen Neuaufnahmen. Für den Bezirk stellte die Zahlstelle die Referenten für Hanau, Eberstadt, Höchst a. M., Galsheim und Koffheim. Differenzen wurden durch die Ortsverwaltung 4 erledigt, die meisten durch ruhiges besonnenes Vorgehen zu Gunsten der Arbeiter. Die Mitgliederzahl vertheilt sich auf die einzelnen Berufe wie folgt: 88 Schlosser, 58 Dreher, 39 Gütler, 32 Schlofer, 24 Spengler, 18 Formier, 12 Schmelde und Kesselschmiede, 7 Feilenhauer, 18 Metallarbeiter, 4 Schriftführer, 6 Feiler und Maschinenisten, 5 Mechaniker, 34 verschiedene Berufe. Die am 16. Dezember v. J. gewählte Ortsverwaltung besteht aus: Rudw. Dönges, Gustav Adolffstr. 33, II als 1., Heinrich Schweizer, 2. Bevollmächtigter; Martin Graf, Mittelallee 12, 1., Friedr. Hornung, Schloßstraße 6, 2. Kassier; Daniel Röhm, Ernst Martersfeld und Peter Gösch, Revisoren. Das feste Wachsen der Mitgliederzahl beweist, daß die Metallarbeiter Offenbachs ihre Lage immer mehr begreifen lernen, mögen nun die noch Fernstehenden in diesem Jahre die Worte unseres Vorkämpfers, Karl Marx, „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ beherzigen und dem Verbanke beitreten.

**Pirna.** Am 20. Januar fand hier im „Carolabad“ eine vom Gewerkschaftsartell arrangierte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Der Zweck derselben war hauptsächlich, das Interesse der hiesigen Metallarbeiter für ihre Organisation zu wecken. Ist doch die Zahl der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, welche ehemals 180 betrug, bis auf 42 gesunken. Mit eindringlichen Worten wurde den Anwesenden die Bedeutung ihrer Organisation vor Augen geführt. Auch die Gründe, welche vielleicht die momentane Situation erklären können, wurden eingehend erörtert. Sehr viel Schuld tragen die Arbeiter der hiesigen Emailfabrik von Gebler, welche sich, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, bis jetzt nicht bewegen ließen, dem Verband beizutreten. Und doch hätten dieselben gerade Grund genug, sich um ihre eigenen nächsten Interessen zu kümmern. Die Zustände in dieser Fabrik sind sehr dazu angethan. Es wurden ein paar Fälle angeführt, die recht charakteristisch sind. In einem Falle ist ein junger Mann aus der Arbeit entlassen worden, weil derselbe im Arbeiterturnverein war und die Turnstunden desselben im „Carolabad“ besuchte. — In einem andern Falle handelt es sich um einen Arbeiter, der 20 Jahre in der Emailfabrik gearbeitet hat. Der Mann wurde krank und mußte aus der Fabrik entlassen werden, zu der er ja 20 Jahre seine Beiträge gezahlt hat. Ueber 13 Wochen war er krank und als er sich wieder zur Arbeit meldete, wurde ihm der Bescheid, daß er nur dann wieder in Arbeit genommen würde, wenn er ein ärztliches Zeugnis bringe, daß er dauernd gesund sei! (!) Ein derartiges Zeugnis konnte natürlich der Arzt nicht ausstellen und so bleibt eben dem Manne die Thüre zu seiner früheren Arbeitsstätte verschlossen. Recht bezeichnend ist übrigens, daß dem früheren Arbeiter der Rath gegeben wurde, er solle sich doch wo anders Arbeit suchen, damit er in eine andere Krankenkasse, vielleicht die Ortskasse, käme. Ganz abgesehen von dem Spott, der in diesen Worten liegt, ist die darin angebrachte Denkart eine so eigenthümliche, daß wir die passenden Worte der Kritik hier nicht anwenden können. — Solche Vorgänge sollten doch den Arbeitern Beweis genug sein, daß sie aus sich selbst heraus, im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation, auf Verbesserung ihrer Lage bedacht sein müssen, statt bei allem patriotischen Altruismus als Staffage zu dienen. Mögen dies in Zukunft die Arbeiter der Gebler'schen Fabrik beherzigen. Aber auch alle anderen Metallarbeiter, welche bisher der Organisation fern blieben, mögen sich das gesagt sein lassen. Einig wollen wir sein und uns gegenseitig mehr Vertrauen ent-

gegenbringen. Und das Band immer fester zu knüpfen, dazu ist eben die Organisation da. Der Rückhalt, der für den Einzelnen darin liegt, wird ihn in die Lage versetzen, auch dem Arbeitgeber gegenüber ein offenes Wort reden zu dürfen, da ja bei einer Uebersetzung die Masse der Arbeiter hinter ihm steht. Ueberlegt Euch dies, Metallarbeiter, und tretet in Euren Verband ein!

**Wald.** Behufs Gründung einer Zahlstelle des D. M. V. war ins Lokal des Wirthes Dörndahl auf Sonntag, den 12. Januar, eine Versammlung einberufen worden. Kollege Schaal behandelte an Stelle des verhinderten Kollegen Neumann-Eberfeld in kurzen, verständlichen Ausführungen den Werth und die Nothwendigkeit der Organisation. Kurz die mannigfaltigen Aufgaben des Verbandes schilbernd, verweltte er des Längeren bei der theilweise vorhandenen Arbeitszeit, den geringen Arbeitslohn in hiesiger Gemeinde. Er betraute es als eine der Hauptaufgaben der zu gründenden Zahlstelle, hier die bessere Hand anzulegen, um die Vortheile einer Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern zuzuwenden. An den befallig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze, aber interessante Diskussion, an der sich die Kollegen Möller, Hütel, Kaiser und der Referent beteiligten. Auf Vorschlag des Kollegen Möller wird ein provisorischer Vorstand gewählt, der die nöthigen Vorarbeiten bis zur definitiven Gründung zu erledigen hat. Es werden dazu die Kollegen Schaal als Vorsitzender, Wiegand als Kassier und Wauermann als Schriftführer bestimmt. In die ausgelegte Liste hatten sich 16 Kollegen eingetragen lassen, so daß ein beschleunigter Anfang einer thätigsten Organisation unter den Metallarbeitern Walds zu verzeichnen ist. Nachdem Kollege Schaal noch bekannt gemacht, daß die konstituierende Versammlung am ersten Sonntag im Februar stattfindet, schließt er mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Breslau.** (Sektion der Schlosser.)

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 11. Januar im Restaurant „Merkur“ statt. Der Kassier Lefeborn erstattete die Abrechnung über das 4. Quartal 1895. Es ergab sich eine Einnahme von 486,74, eine Ausgabe von 326,13, bleibt Kassenbestand 110,61. Nachdem der Kassier die Jahresabrechnung verlesen, wurde ihm Dedargе ertheilt. Unter „Verschiedenem“ berichtete Näheren auf die Gründung einer allgemeinen Bibliothek ein. Neben glaubt, wenn wir auch über eine Bibliothek verfügen, so sollten wir unsere Solidarietät auch insofern beweisen, daß wir der allgemeinen Kommission Bücher zur Verfügung stellen, wiederum müßten die anderen Gewerkschaften einen gewissen Beitrag an die Kommission zur Anschaffung der Bücher abliefern. Von den 25 im Kartell vertretenen Gewerkschaften seien nur 8 im Besitze einer Bibliothek, mithin hätten die meisten Gewerkschaftsmitglieder keine Gelegenheit, aufklärende Bücher zu lesen. Die Kollegen Thiel, Hoffmann und Burgund erklärten sich für diesen Vorschlag, wenn sie auch einige Bedenken gegen das Selben der Bücher haben. Die Kollegen Winkler und Päßold weisen wiederholt darauf hin, daß es genüge, wenn wir den Mitgliedern anderer Gewerkschaften gegen Vorgehung ihres Mitgliedsbuches die Bücher selbst abgeben. Bessere Ansicht wird nach längerer Diskussion für gut befunden. In der vorletzten Versammlung wurde als 1. Bevollmächtigter Dann, als 2. Päßold, als 1. Kassier Schalling, als 2. Kleinert, als Schriftführer Becker und als Revisoren Winkler, Matwald und Lefeborn gewählt.

**Gerichts-Zeitung.**

**Greiz.** Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ein Arbeiter beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis vom Unternehmer auf seine Pflichten hingewiesen wird; von etwelchen Rechten findet sich selten eine Spur. Jeder Arbeiter sollte es daher als seine heilige Pflicht betrachten, sich seine ihm gesetzlich zustehenden Rechte in jeder Art und Weise zu sichern; er muß bestrebt sein, die einschlägigen Paragraphen genau zu studiren, damit ihm gegebenen Falles kein Nachtheil erwächst. Um nun die Wahrung dieser Rechte wirkungsvoll betreiben zu können, bedarf es des Zusammenhanges aller Arbeiter; es ist deshalb Pflicht jeden Arbeiters, sich seiner Organisation anzuschließen, denn nur in der „Einigkeit“ liegt die Macht! Wir wollen in nachfolgendem einen Fall erörtern, welcher zur Genüge darlegt, wie ein organisirter Arbeiter sein Recht erlangt hat. Der Schlosser L. M. aus Greiz trat bei Karl Weder in Dölan in Arbeit. Zur fraglichen Zeit arbeitete M. im Akkordlohn; nachdem der von diesem verdiente Lohn dem Geschäftsführer Köllner wahrscheinlich zu hoch erschien, ließ man diese Arbeit einfach ein Tagelohn herstellen. M. aber war damit

nicht einverstanden, sondern verlangte seinen Lohn nach den vereinbarten Akkordlösen. M. erhielt nun zwar seinen Lohn nach Wunsch ausbezahlt, doch folgte sofort der — Felerabend. M. beanspruchte nun 14 Tage Akkordlohn resp. den entsprechenden Lohn, er wurde jedoch zurückgewiesen und zwar mit der Motivirung, daß die früheren Arbeiter mit der Aufhebung der Akkordlohn zufrieden gewesen seien. Als organisirtem Arbeiter wurde M. zunächst vom Metallarbeiter-Verband Rechtschutz gewährt und so verklagte M. seinen bisherigen Arbeitgeber bei dem zuständigen Gemeindevorsteher Seibert in Dölan wegen Nichterhaltung der Akkordlohn bezw. rückständigen Lohnes. Zur Orientirung lassen wir das Protokoll der Verhandlung folgen: „Beschleunigung. Unterzeichnete Gemeinde-Vorstand, beschließt hiermit, daß der auf heute, als den 8. Januar a. c. Nachmittag 2 Uhr anberaumte Schlichtertermin mit dem Fabrikbesitzer Hrn. Karl Weder, hier und den Arbeiter Soth's Michel aus Greiz nicht stattfinden konnte, da Herr Weder nicht erschien. Da der pp. Michel ohne Akkordlohn Entlassen worden ist, beansprucht derselbe 14 Tage Lohn, so weit mir bekannt ist besteht bei der Firma Karl Weder seit 1894 keine Akkordlohn Gegenständig, ich kann demnach keinen Bescheid in dieser Angelegenheit ertheilen. Dölan d. 8. Januar 1896. Gemeindevorstand. S. Seibert.“ — Nach dem vorstehenden Protokoll war dem M. jedes weitere Vorgehen unendlich, demnach mußte zur Anfertigung eines zweiten Protokolls geschritten werden. Dieses war wohl formell richtiger, indem es die Forderung des Arbeiters in Summa von 32 M 50 J enthielt, jedoch wurde dem Beklagten Weder nur die Verpflchtung auferlegt, diesen Betrag auszugeben. Mit Zuhilfenahme eines Beamten wurde ein drittes Protokoll angefertigt; dieses enthielt die folgenden drei Zusätze: 1. Obwohl beide Theile geladen waren, erschien nur der Arbeiter usw. 2. Meine Entscheidung geht dahin, die Firma Karl Weder wird vernichtet, dem p. Michel 32 M 50 J zu bezahlen und trägt die Kosten; 3. Ausfertigung dieses wird dem p. Michel zum Zweck der Zwangsvollstreckung ertheilt. — Mit dieser Ausfertigung begab sich M. zum Gerichtsvollzieher, welcher am 15. Januar den Betrag von 32 M 50 J einbezog und am 16. Januar wurde der eingezogene Betrag dem Kläger vom Gerichtsvollzieher eingehändigt. Wir wollen nicht unteruchen, wie viele Arbeiter zu Unrecht sofort ins Freie befreit werden, ohne ihr Recht zu suchen. Die Firma Karl Weder machte geltend, die Fabrikordnung sei in den Arbeitskräften ansahängt. Dieses Anhängen der Fabrikordnung heißt die Kündigung nicht auf; nach § 134 der Gewerbeordnung muß die Fabrikordnung jedem Arbeiter behändig sein, geschieht dies nicht, so gilt ihr Inhalt dem Arbeiter gegenüber nicht. Auch kann erst durch Namensunterschrift des Arbeiters die Kündigung aufgehoben werden. Wäge sich daher jeder Arbeiter seiner Organisation anschließen, damit er weiß, wo er sich in kritischen Fällen innerhalb des Arbeitsverhältnisses hingewenden hat.

**Vermischtes.**

**Arbeiterverschüsse in Deutschland.** Der badische Fabrikinspektor bespricht in seinem soeben veröffentlichten Jahresberichte für 1894 auch die Einrichtung der freiwilligen Arbeiterverschüsse folgendermaßen. Eine irgend nennenswerthe Wirksamkeit der wenigen unferes Wissens vorhandenen Arbeiterverschüsse kann nicht wahrgenommen werden. Es scheint, daß die Arbeiter, soweit sie Anlag haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, das Gefühl haben, daß diese Ausschüsse einen Einfluß gegenüber dem sich kundgebenden entscheidenden Willen des Arbeitgebers doch nicht haben. In einer Thätigkeit innerhalb des bestehenden bestehenden Rahmens der Ausschüsse in der Hoffnung auf die allmähliche Erweiterung ihrer Befugnisse fehlten den Arbeitern vielfach die gähe Ausdauer und Geduld. Auch lebt der Arbeiter, wenn man von der Organisation einer einzelnen Partei absteht, nicht nur im wirtschaftlichen Gebiete von der Hand in den Mund. Die Arbeitgeber erwärmen sich im Ganzen ebenso wenig für diese Einrichtung. Einen wirklichen Einfluß auf die Gestaltung und den Vollzug des Arbeitsvertrages wollen sie den Arbeitern nicht einräumen, und für Ausschüsse, die nur den Zweck haben, das patriarchalische Verhältnis dort aufrecht zu erhalten oder wieder einzuführen, wo es aus dem Bewußtsein beider Theile schon fast verschwunden ist, dürfte schon bei den Arbeitern keine Neigung voraus. Auffallend ist es aber immerhin, wenn einzelnen Ausschüssen schon bald nach Errichtung und wegen kleiner, die Entscheidung der Fabrikleitung gar nicht einmal berührende Dinge ihre Bedeutungslosigkeit klar gemacht wird. Hier liegt in der Regel mindestens ein Mangel an Klugheit in der Fabrikleitung vor. Ein drastisches Beispiel hierfür ist das

Folgende: In einer Fabrik, welche das Elaunt für die Errichtung eines Ausschusses gemeinsam mit den Arbeitern beson: sorgfältig vorbereitet hatte, war die Vornahme der Erstwahl für ein Vorstandsmittelbed notwendig geworden. Die Fabrik schlug einen Anseher vor, der Arbeiterauskunft beharrte aber auf der Wahl eines Arbeiters und wählte, um ja bezüglich der Person des Arbeiters keinen Anlaß zu Beanstandungen zu geben, den Arbeiter, welchen das Bezirksamt kurz vorher in Vorschlag gebracht hatte, um an den in Berlin stattfindenden Verhandlungen über die Ausnahmebestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe in der Industrie Theil zu nehmen. Unmittelbar nach diesen über die Wahl entstandenen Differenzen wurde sämmtlichen Ausschussmitgliedern bis auf einen sowie dem Vorgesetzten am nächsten Jahltag ihre Entlassung aus der Arbeit mitgetheilt. Die Arbeiter sahen in dieser geistlichen Folge auch einen unrichtigen Zusammenhang, während die Fabrikleitung auf unsere Anfrage damit begründete, daß die entlassenen Arbeiter sowohl öffentlich als auch heimlich im Betriebe gegen die Fabrik und ihre Einrichtungen agitirt und jede Disziplin untergraben hätten. Unter solchen Umständen wird man sich, gleichgiltig ob der von den Arbeitgebern unterstellte Zusammenhang vorhanden ist oder nicht, nicht wundern dürfen, wenn man in einiger Zeit von den wenigen Arbeiterverschüssen überhaupt nichts mehr hört. Das Schlimmste an solchen Vorgängen ist es aber, daß die Arbeitgeber hierdurch die von den nächstliegenden Interessen ihrer spezielien Anlagen verschiedenen öffentlichen Interessen schädigen, und daß in immer weiteren Kreisen die Vorstellung von der Macht der Staatsgewalt gegenüber der Macht Einzelner sich abschwächt. Der einfache Mann stellt die Thatfache, daß er fter von gesetzlichen Vorschriften über die Arbeiterverschüsse gehört hat, solchen für ihn eine deutliche Sprache redenden Vorgängen gegenüber und zieht hieraus ohne weitere Untersuchung keine Schlüsse.“ — Fabrik-Ausschüsse in Frankreich. Der französische Generalarbeitsrat hat unter dem Vorstz des Handelsministers eine Sitzung abgehalten. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, demzufolge alle größeren Fabriken einen ständigen Ausschuss zur Beilegung der zwischen Arbeitern und Fabrikherren ausgebrochenen Streitigkeiten ernennen sollen. Diesen ständigen Ausschüssen werden dieselben Rechte zuerkannt, wie den durch das Gesetz eingeführten Schlichtergerichten.

**Die Vertreter der Schweizerischen Bahngesellschaften** versammelten sich in Bern und äußerten sich betreffs der Lohnbewegung der Angestellten wie folgt: Die Centralbahn und die Gotthardbahn erklärten, daß sie dem Begehren ihrer Angestellten in vollem Umfang entsprechen könnten, die Nordost- und die Vereinigten Schweizer Bahnen glauben, die Forderungen zurückweisen zu müssen, dieselben gingen nicht von der Gesamtheit des Personals, sondern nur von einigen Agitatoren aus. Das Eisenbahndepartement solle deshalb zu Gunsten der Bahnen intervenieren. Die Hoffnungen, welche die Gesellschaften auf eine Separirung gewisser Kategorien ihrer Personals und deren Befriedigung durch Sonderverhandlungen setzen, erwelen sich voraussichtlich gerade so trügerisch wie diejenigen der Zurich-Simplon-Bahn auf den Bundesrat, weil die Eidgenossenschaft ihr größter Aktionär ist. Den Verhandlungen wohnte ein Vertreter des Eisenbahndepartements bei. — Auch auf dem Gebiete des schweizerischen Brauereigewerbes bereitet sich eine allgemeine Lohnbewegung vor. Den Anstoz zu derselben gaben die Brauereiarbeiter von Bern und Zürich, diejenigen der letzteren Stadt haben nun auch ihre Forderungen formulirt, welche allerorts im Lande von den Berufsgenossen aufgenommen werden dürfen. Es wird da im Wesentlichen ein zehnstündiger Arbeitstag, 65 Rappen Stundenlohn bei harter Entlohnung, Anerkennung der Organisation und deren Arbeitsnachweise, Freigabe des 1. Mal, sowie eine respektvollere Behandlung als wie bisher, verlangt. Dieses Vorgehen hat die Brauereiarbeiter veranlaßt, einen „Verband schweizerischer Brauereien“ zu gründen, der bereits den Arbeitern Konzessionen machte, aber gleichzeitig auch ein sogen. „Reibenskapital“ sammelte, um die von einem Boykott betroffenen Betriebe schadlos zu halten. Der Kampf beginnt, wenn keine Einigung erzielt wird, am 1. April. Die Brauereibesitzer der Kantone Basel, Bern, St. Gallen und Zürich haben bereits mit wenigen Ausnahmen die mit den einzelnen Brauereifachvereinen abgeschlossenen Arbeitsverträge zu dem vorgenannten Termine gekündigt, während das Komitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes auf den 19. Jan. die Delegirten der Arbeiterorganisationen Basel, Bern, Biel, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich nach letzterer Stadt einberufen hat, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Brauereibesitzerverband zu beraten.

**Der französische Finanzminister über die Gewerkschaften.** Im Kluge hielt der französische Finanzminister Doumer an die Delegierten der Gewerkschaften und gegenständlichen Unterstufungsgesellschaften eine Ansprache, in der er ausführte: „Vor den Gewerkschaften erschrecken immer noch einige Menschen. Man fürchtet Uebertreibungen, ja selbst Ausschreitungen von ihnen; gewisse Leute scheinen sogar soweit zu gehen, eine Freiheit, die doch notwendig ist, für gefährlich zu halten. Man vergißt zu sehr, daß der Gebrauch aller Freiheiten eine Erziehung und eine Beherzung verlangt, die nicht das Werk eines Tages sind. Zerklümmert und Fehler sind im Anfang unvermeidlich, aber sie lassen sich wieder gut machen. Sie sind ein Zeichen der Schwäche. Sie verschwinden in dem Maße, als die Kräfte sich entwickeln. Die Gewaltthätigkeit ist nicht von den Starcken zu befürchten: die Starcken haben das Gefühl ihrer Verantwortlichkeit; im gleichen Maße, wie sie sich ihrer Macht bewußt werden, werden sie fähig, ihre Pflichten zu begreifen.“

**Dieheure Rechnung an die Abonnenen des Elektrizitätswerkes in Stuttgart** spricht gerade nicht dafür, daß die Elektrizität zur Förderung des Kleinbetriebes beitragen würde, insofern als die Kraft des Stromes billiger ist, als von der durch Dampf- oder Gas- und Petroleummotoren erzeugten, allgemein angenommen wurde. So müßte ein Geschäftsmann, der bisher in den Wintermonaten für 180 M Leuchtgas verbrauchte, für verbrauchten Strom im ersten Monat 480 M, also fast dreimal so viel als sonst bezahlen. Die „Schwab. Tagwacht“ bemerkt zu der hohen Rechnung: „Ob nun die Ursache an diesen enormen Kosten bei den Stromwerkern zu suchen ist oder ob mit dem elektrischen Strom nicht so sparsam umgegangen wird, wie mit dem Leuchtgas, mag dahingestellt bleiben.“

**Die Forderung für die Interessen des Kleinhandwerkes** erfremt sind, wenn eine große Maschinenfabrik die feinsten Maschinen liefert, zeigt eine Moll in Günther's „Tischlerzeitg.“ Sie theilt nämlich mit, daß die Maschinenfabrik und Messerschmiede von H. Wolf in Magdeburg-Buckau eine seltene Fehler behebt und zwar die der Fertigstellung einer Lokomobile von 80 Pferdekraft, die die Nummer 5000 trägt, und äußert sich dann wie folgt: „Dieses Ereigniß an sich schon einen erfreulichen Beweis für die unaufhaltsame Entwicklung der Fabrik und die Beliebigkeit ihrer Lokomobilen, so gewinnt es noch an Bedeutung, wenn berücksichtigt wird, daß ein erheblicher Bruchteil ihrer Produktion Lokomobilen größten Kalibers, darunter viele von 100, 150 und sogar 200 Pferdekraften umfassen.“ Welch ein erhebendes Gefühl für die kleinen Stümper, wenn sie lesen, daß die Vertreterin ihrer Interessen ganz enthusiastisch ist von der „erfreulichen Entwicklung“ des Maschinen-Großbetriebes.

**Litterarisches.**

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart S. P. Dieck) Verlag) ist soeben das 18. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Krone und Junkerthum. — Margarine und Butter. Von Dr. R. Meyer. — Der Weltmarkt und die Agrarkrise. Von Parvus. (Fortsetzung.) — Zur Stellenvermittlung für weibliche Diensthöten. Mit besonderer Beziehung auf Frankfurt untersucht von G. St. — Was Salbes „Lebenswende“. Von F. Mehring. — Nolligen: Ueber die Widerstandsfähigkeit von Naturdüllern. — Feuilleton: An Kindesstatt angenommen. Novelle von Emilie Bonvillon. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von Alfred Göge. (Schluß.)

**Verbands-Anzeigen.**

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

- Altona.** Montag, 10. Febr., bei Meyer, Hospitalstr. 11 in Altona, Mitglieder-Versammlung.
- Brandenburg a. S.** Montag, 10. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Windel, Hauptstr. 34, Mitglieder-Versammlung.
- Cannstatt.** (Allg.) Samstag, 15. Febr., Versammlung. — Unsere Mitglieder werden aufgefordert, sich nächsten Sonntag, den 9. Februar, an der Flugblätterverbreitung zu betheiligen. Ausgabe Morgens 7 Uhr im „Ruffischen Hof“.
- Crimmitschau.** Sonnabend, 8. Febr., nach Abend bei Ahnert. — Sonntag, den 9. Febr., Ausflug nach Weizen. Sammeln halb 2 Uhr bei Seidel, Gabelbergerberg. Zahlreiche Betheiligung erwünscht.
- Döbeln.** Sonnabend, 15. Febr., auf der „Muldenterrasse“. Behufs Kontrolle sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

- Durlach.** Donnerstag, 18. Febr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Ochsen“. — Die Kollegen von Jura werden ersucht, am Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur „Blume“ zu erscheinen.
- Esslingen.** Samstag, 8. Febr., Abds., Versammlung in den „8 Mähren“. Vortrag.
- Frankfurt a. M.** (Allg. Verw.) Samstag, 8. Febr., fällt die Mitglieder-Versammlung aus. Statt dessen Zahlabend in der Herberge, Brühlhofsstr. 20.
- Freiburg i. B.** Samstag, 8. Februar, Abds. 8 Uhr, in Sinner's „Schwengel“ (Sähtinger), Faschingsunterhaltung mit Tanz. — Sonntag, 9. Febr., Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. — Montag, 10. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Schwanke, Freibier für Mitglieder.
- Furtwangen.** Samstag, 15. Februar, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.
- Görlitz.** Montag, 17. Februar, Abds. halb 9 Uhr, im kleinen „Konzertsaal“, Belpzigerstr., Mitglieder-Versammlung. Vortrag.
- Göppingen.** Sonnabend, 8. Februar, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Vorderer.
- Hannover.** Montag, 10. Febr., Versammlung.
- Hannau.** Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Löwen“. — Adresse des Bevollmächtigten: Hch. Erdmann, Liegnitzerstr. 58; des Kassiers: Alb. Bache, Gartenstr. 25. Hof, wo auch Heißeunterstützung Wochentags Abends von 7 bis 8 Uhr, Sonntags, Mittags von 12—1 Uhr, ausbezahlt wird. — Herberge: Gasthof zum „Blauen Hirsch“, Wilmel.
- Herslohn.** Sonntag, 9. Febr., Abends 6 Uhr, bei Hellweg am Bach, Mitglieder-Versammlung.
- Harlsruhe.** Sonntag, 9. Febr., Vorm. 9 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Kollege Kalmbach, Kaiserstr. 13.
- Hiel.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, 11. Febr., Abds. 8 Uhr, Versammlung in der „Zentralhalle“ (oberer Saal). Die Waktus'sche Ueberdölkerungstheorie. Referent: Medakteur Ströbel.
- Leichhausen.** Sonntag, 9. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Verbandslokal, Mitglieder-Versammlung.
- Lez.** Sonnabend, 15. Febr., Mitglieder-Versammlung. Bibliotheksbücher sind mitzubringen. — Das Winterfest ist um 14 Tage verschoben und findet am 1. März statt.
- Limbach.** Sonntag, 9. Febr., Ball im „Johannisbad“. Anfang halb 6 Uhr.
- Linden.** Sonntag, 9. Febr., Nachmittags 4 Uhr, bei Fuhrhop, zur „Neuen Welt“, Versammlung. Abrechnung. Vortrag.
- Judenwalde.** Montag, 10. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz, Beeckerstr. 34, Mitglieder-Versammlung.
- Ludwigsburg.** Samstag, 8. Februar, Abends 8 Uhr, im grünen „Baum“, Mitglieder-Versammlung. Wegen wichtiger Verbandsangelegenheit ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.
- Mühlhausen i. G.** Montag, 10. Febr., Abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Niehmüller, Sitzung. Vortrag des Gewerbegerichtsbeisitzers Kling über: Die Bedeutung der Gewerbegerichtsverfahren.
- Mürnberg.** (Allg. Zahlstelle.) Samstag, 22. Februar, Abends halb 9 Uhr, v. Herzog, Neuhofstr., Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. — Den Verbandskollegen in Nürnberg diene zur Kenntniß, daß nur solche Kollegen als Mitglieder der allgem. Zahlstelle betrachtet werden können, die ihr Verbandsbuch, behufs Kontrolle und Ummeldung, an den Bevollmächtigten abliefern. — Adresse des Bevollmächtigten: Karl Dreber, Merkersgasse 3.11.
- Mürnberg.** (Sektion der Flaschner und Metallarbeiter.) Sonntag, 16. Febr., Vormittags halb 10 Uhr, im Café Merk, Brechtelgasse, gemeinlichastliche Mitglieder-Versammlung. Am 15. Februar fallen deshalb die Mitglieder-Versammlungen der beiden Sektionen aus. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.
- Mürnberg.** (Sektion der Mechaniker, Zinngleber u. verw. Berufs.) Samstag, 15. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Lokal, „Bürgeraal“, Steinbühl, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Koll. Kraußener.
- Pirmasens.** Adresse des Bevollmächtigten: Karl Bäcklein, Hauptstraße 82; des Kassiers: Wilhelm Schlicher, Zweibrückenstraße 32. Sprechstunde Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends von 6—7 Uhr. Der Besuch in der Werkstätte ist nicht gestattet.
- Pforzheim.** Samstag, 8. Febr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Gold. Löwen“. — Sonntag, 9. Febr., Abendunterhaltung mit kom. Vorträgen, Gesang und Tanz. Eintritt für Mitglieder mit Familien 20 J. Nichtmit-

- glieder 60 J (eine Dame frei). Kassenöffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Dazu sind Mitglieder mit Familien, Freunde und Genossen eingeladen.
- Rathenow.** (Sektion der Einschleifer.) Sonnabend, 15. Februar, Abends 8 Uhr, bei Brauble, Mitglieder-Versammlung. **Schönheide.** Sonntag, 9. Februar, Nachmittags, alle Kollegen in dem Restaurant zur guten „Quelle“, Hammerstraße, wo selbst das Verkehrslokal und Herberge ist. **Schwenningen.** Samstag, 8. Febr., in der „Binde“, Mitglieder-Versammlung.
- Spandau.** Freitag, 14. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Matke, Neumarkterstraße 5, Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Besprechung über ein Vergütigen.
- Schwelm.** Sonntag, 9. Febr., Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Müller, Mitglieder-Versammlung. Abrechnung. Die noch weit rückständigen Mitglieder mögen ihren Pflichten nachkommen.
- Stuttgart.** Samstag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Hirsch“, Saal II, Mitglieder-Versammlung statt. Bericht von der Bibliothek und der Gewerkschafts-Kommission. Beschlußfassung über die in nächster Zeit festzusetzenden Arrangements. — Die Mitglieder, welche noch nicht im Besitz der Karten, betreffs Arbeitslosenunterstützung, sind, werden ersucht, solche in der Versammlung abzuholen. — Sonntag, 9. Febr., Nachmittags, findet im neuen Saale von Paul Weß, von 3 Uhr an Winterunterhaltung, von 8 Uhr an Ball statt. Die Mitglieder werden zu zahlreicher Betheiligung eingeladen.
- Witten.** Sonntag, 9. Febr., Vormittags 9 Uhr, bei G. Weihenfeld, Hauptstr. 12, Mitglieder-Versammlung. Vortrag über: „Arbeitslosigkeit und moderne Wohltätigkeit.“ Referent Koll. D. Steiger. — Die Versammlungen finden jeden 2. u. 4. Sonntag jeden Monats, Vormittags 9 Uhr, im Verkehrslokal, bei G. Weihenfeld, statt. — Die Adresse der Ortsverwaltung ist: A. Schädlich, Bevollmächtigter, Schönhalerstraße 18, F. Ketschelt, Witten, Krummestr. 128.
- Zittau.** Dienstag, 11. Febr., Abends halb 9 Uhr, in Herrmanns Restaurant, äußere Dybnerstraße, Zahlabend. Vorschläge an einem Ausflug.

**Öffentl. Versammlungen.**

- Charlottenburg.** Sonntag, 9. Febr., Vorm. 10 Uhr, in „Bismarckhöhe“, Wilmsdorferstr. 39, öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Der gegenwärtige Stand der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter.
- Präsident.** Sonnabend, 15. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im H. Saale des „Lionnon“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die neuesten Ereignisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Referent: Gen. Bundermann. Allgemeine Gewerkschaftsangelegenheiten.
- Frankfurt a. O.** Sonnabend, 15. Febr., Abds. halb 8 Uhr, im „Vorwärts“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
- Großschönau.** Sonntag, 9. Februar, Nachm. 3 Uhr, öffentliche Versammlung im „Vereinshaus“ zu Warnsdorf.
- Gustavsburg-Rosheim.** Samstag, 9. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Deutschen Kaiser“ in Rosheim, öffentliche Versammlung. — Die Bücher sind behufs Kontrolle an die Werkstatthalter oder in der Versammlung abzugeben. Die nicht eingelieferten Mitgliedsbücher werden in das neue Sammelbuch nicht eingetragen und werden deren Inhaber bei nächster Abrechnung gestrichen.
- Göheim.** Samstag, 8. Febr., öffentliche Versammlung in Gabelberg.
- Pirna.** Sonntag, 9. Februar, Nachm. halb 3 Uhr, große öffentliche Versammlung im „Carolabad“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Die noch ausstehenden Bibliothekbücher wollen abgeliefert werden.

**Anzeigen.**

**N a d r u f.**  
Am 19. Januar verstarb im Alter von 24 Jahren, an der Proletarierkrankheit, der Schlosser **Ferdinand Schulze.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Verwaltungsstelle Gainsbols.

**Gefunden** im Verkehrslokal von G. Sattin, Arnulfstraße 29, das Verbandsbuch Nr. 113412 des Schlossers **Heinrich Kurke**, geb. den 18. Juli 1877 zu Nürnberg, eingetreten am 18. Juli 1895 in Nürnberg a. d. W.  
**Orisverw. Oldenburg.**

**Der Kollege Franz Rehnelt**, geb. 1875 zu Habendorf in Böhmen, eingetreten im März 1895 in Chemnitz, wird ersucht, seinen Eltern seinen jetzigen Aufenthaltsort anzugeben.

**Ernst Oetle**, Former von Cannstatt, wird ersucht, seinen Eltern seinen jetzigen Aufenthaltsort wissen zu lassen.

Im Angabe der Adresse des Formers **Friedr. Anton Gg. Rohlfisch**, geb. am 25. Juli 1874 zu Plagwitz, ersucht **G. Reiche**, Deutsch, Leipzigerstr. 8.

**Der Klempner Otto Purfürst** aus Leipzig, angeblich nach Halberstadt abgereist, wird hiemit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der unterzeichneten Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen.  
**Verwaltungsstelle Hannover, Sektion der Klempner.**

**Der Schlosser Bruno Jöser** aus Breslau, Nr. 110782, wird ersucht, das der hiesigen Bibliothek entnommene Buch Nr. 9 („Skabenaufstand des Mittelalters“), nach hier einzusenden.  
**Ortsverwaltung Pottlau.**

**Ein tüchtiger Feilenhauer gesucht.**  
**M. Buchs**, Feilenhauer, Sprottau i. Schles.

**Gesucht sofort f. dauernde Beschäftigung**  
**c. t. Feilenschleifer inkl. Bauer.**  
Feilenhauer von **Anna verw. Hubert**, Zwickau i. S.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**, Berlin S-W. 2. Beuthstraße 2.  
In unserem Verlag erschien:  
**Buch der Jugend.**  
Für die Kinder des Proletariats  
herausgegeben von **Emma Adler.**  
15 Bogen gr. 8. Format.  
In Prachtband gebunden. Preis 2 M.

Sobald erschienen:  
**August Hof.**  
**Praktischer Selbstunterricht**  
im  
**Gewindeschneiden.**  
Mit 40 skizzirten Abbildungen und 36 Tabellen.  
Zweite bedeutend vermehrte Auflage.  
Gegen Einsendung von 1,85 M in Briefmarken erfolgt sofortige Frankozusendung.

Ferner erschienen der in der zweiten Auflage neu eingefügte Text samt Tabellen als  
**aparte Ausgabe**  
(zur Ergänzung der ersten Auflage) und ist gegen Einsendung von 55 J franco zu beziehen.  
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen der Verlag von  
**Wörlein & Comp.,**  
Nürnberg.

**Vereinigung bringt Nutzen!**  
Die anerkannt guten, echten **Hamburger Lederhosen**, mittelgroß oder dunkler verleiht nach jedem Orte franco gegen Nachnahme wie folgt:  
Nr. I extra prima:      Nr. II prima:  
1 Hofe      M 8,50      1 Hofe      M 7,00  
2 Hofen      „ 16,—      2 Hofen      „ 13,00  
3 „      „ 23,50      3 „      „ 19,00  
4 „      „ 30,—      4 „      „ 25,00

**Stärkste und sauberste Verarbeitung!**  
Schrittlänge bitte stets in Centimetern anzugeben.  
**S. Elias, Nürnberg.**  
Versandt Geschäft.

**Fahnen.**  
Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereinsabzeichen etc. für **Arbeiter-, Jäger-, Turner-, Schützen-Vereine** u. s. w. von billigster bis zu feinsten Qualität in acht Gold und wachsender Seide, nur Handarbeit in künstlerischer Ausführung empfiehlt die **Fahnenstickerei** von **Frau M. Grillenberger, Nürnberg**, Waisenstraße 12. Beste Referenzen seit zehnjähriger Thätigkeit von zahlreichen befreundeten Vereinen in den versch. Theilen Deutschlands. Preisocourant gratis und franco. Bestellungen für die Frühjahrsaison, speziell für den 1. Mai, während der Wintermonate erbeten. Zweijährige Garantie.